

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. April 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Rüstet zur Maifeier! Der Maifeier folgt die Wahlschlacht!

Das neue Wahlreglement.

Die reichlichen und einigermaßen erregten Erörterungen der Presse über die Regierungsvorlage zur Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Reichstagswahlen fanden im Reichstage selbst nur einen matten Widerklang. Der konservative Ingrimms wider die abtrünnige Regierung wurde gezügelt durch die Erkenntnis der Ausichtslosigkeit des Widerstandes. Die Angelegenheit wurde ohne viel Pathos in fast geschäftsmäßiger Rührtheit erledigt. Immerhin bot sie dem scharfer Spähernden einiges von Bedeutung.

Herr Camp unternahm zunächst in der Geschäftsordnungsdebatte, welche die eigentliche Beratung der Wahlreglementsänderung einleitete, einen lauten Versuch, die ganze Angelegenheit durch die Forderung einer Kommissionsberatung und dreimaliger Lesung zu verschleppen und zu Fall zu bringen. Doch er erfuhr bei diesem Versuch nur einen trübten Abfall. Alle anderen Parteien würdigten den Geschäftsordnungsvorschlag des freikonservativen Obstruktionsisten nicht eines Gegenwortes. Nachdem beschlossen war, die Angelegenheit in einmaliger Lesung zu erledigen, wühlte die konservative Opposition nicht einmal wahrlich zu unterliegen. Sie versiel der Klüglichsten Lächerlichkeit, indem sie verfuhrte, sich des verdrossenen Bergers über den Wahlsicherungs-Seitenprung der Regierung zu erlassen und zur gleichen Stunde ihre Feindschaft gegen das Reichstags-Wahlrecht zu verbergen.

Herr Gröber vom Centrum leitete die Debatte ein. Er besprach die Entstehung des neuen Reglements aus Forderungen des Reichstages; er erwähnte, daß die frühesten Versuche im Reichstage, das Wahlgeheimnis zu sichern, von der Socialdemokratie ausgegangen sind; er erklärte, unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen in den Wahlreglements für die Landtagswahlen in Württemberg und Baden, die Vorlage des Bundesrats in mancherlei Hinsicht für verbesserungsfähig. Aber die Geschäftsordnungsdebatte forderte den Verzicht auf Abänderungen. Herr Gröber suchte mit besonderer Betonung die Zweifel an der Stellung seiner Partei in der Frage des Reichstags-Wahlrechts durch die Erklärung zu beseitigen, daß selbst die Allgemeinheit und Gleichheit des Wahlrechts nicht bestehe, wenn das Wahlgeheimnis nicht gesichert sei. Dies Wort mahnt aber besonders eindringlich an die mannigfaltigen Tatsachen, welche die Abneigung auch des Centrum gegen das gleiche Wahlrecht erweisen: das Centrum verwarf jede Reform des preussischen Wahlsystems der schmachvollsten Ungleichheit, das Centrum verwarf noch jüngst die Herstellung wirklicher Gleichheit im Reichstags-Wahlrecht durch die nötige Neueinteilung der Wahlkreise!

Das konservative Mißbehagen in der Wahlsicherungsfrage zeigte sich schon darin, daß man keinen der führenden Männer der Partei einstande, wie es sich bei der Wichtigkeit, die man der Sache beigemessen hatte, ziemte. Man schiedte einen parlamentarischen Keuling und suchte noch dazu einen selbst unter Konservativen höchst ungeschickten heraus. Herr Himburg, der konservative Abgeordnete für Osterburg-Stendal, hat sich parlamentarisch verächtlich gemacht, als er im Zollkampfe nach der Einführung der namentlichen Abstimmung durch Stimmkarten die ihm als Schriftführer obliegende Durchführung dieser Abstimmung möglichst unkorrekt betrieb. Jetzt leistete er ein wahrhaft komisches Durcheinander von mähenden Widersprüchen, wodurch er sich schließlich der lauten Heiterkeit fast des ganzen Hauses preisgab. Zunächst erklärte er: Die Konservativen haben nichts gegen die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Aber — durch die vorliegenden Bestimmungen der Regierung sei das einwandfreie Ziel nicht zu erreichen. Herr Himburg sah allerlei lächerliche Szenen aus dem neuen Wahlreglement ersehen. Was solle werden, rief er aus, wenn die Wähler nicht wieder aus den Isolierzimmern herandringen! Wollte man die geistvollen Einwendungen des konservativen Wahlrechtsfeindes ernst nehmen, so könnte man sie höchstens als Vorzeichen an konservative Wähler und Wahlvorsteher versetzen, in welcher Weise sie den nicht-konservativen Wählern die Wahlhandlung erschweren und das Wahlrecht vernichten könne. Herr Himburg aber, nachdem er die Abänderungen als nicht hinreichend erwiesen hatte für den beabsichtigten Zweck, gelangte läh zu dem Schluß, daß es einer „so großen Umwälzung“ nicht bedürfe und daß daher seine Partei in der Mehrzahl gegen das neue Reglement stimmen werde.

Nachdem Abg. Wassermann sich für die Annahme der neuen Bestimmungen ausgesprochen hatte, vertrat Abg. Das die Ansicht der Socialdemokratie. Unre Partei verzichtete nur deshalb auf Abänderungskonträre, weil dadurch den konservativen Gegnern der Vorlage ein Gefallen erwiesen würde. Aber abänderungsbedürftig ist die Vorlage in hohem Maße. Besonders bedauerlich ist, daß nach 7 Uhr auch die im Wahllokal anwesenden Wähler nicht mehr zugelassen werden. Der Begriff des Isolierzimmers ist verwirrt durch Zulassung eines bloßen Nebentisches, der gegen Kontrolle nur so weit geschützt sein soll, daß das Einlegen des Stimmzettels unbeobachtet geschehen kann, daß jedoch der Wahlvorsteher die Ueber-

sicht behalten solle. Es wäre vorzuziehen, daß der Wähler selbst sein Wahllokal in die Hand nimmt. Trotz dieser Ausstellungen stimmt die Socialdemokratie für die Vorlage, da sie eine Stärkung des Wahlrechts bedeutet.

Die verhältnismäßig bemerkenswerteste Rede des Tages war sodann die des Abgeordneten Camp. Zwar verstrickte auch er sich in den Versuch, die feindliche Haltung seiner Partei, der Freikonservativen, durch die angeblichen „Thorheiten“ in dem Gesetz zu beschönigen — sprach er doch ausführlich über die Kosten, die die Ausgaben der Couverts beanspruchen, und über die Möglichkeit, daß dieser Couvertausgeber durch Kennzeichnung der Couverts die Ungültigkeit vieler Stimmen herbeiführen könne —, aber Herr Camp ließ sich, im Unterschied zu dem Redner der benachbarten deutschkonservativen Partei, zu einiger Offenherzigkeit hinreißen, die uns recht behagt. Er griff gleich im Eingang seiner Ausführungen auf allgemein politische Bemerkungen über; zwar fand auch er nicht die Lust, die heftigen Angriffe seiner Parteipresse gegen die Regierung weiterzuführen — noch heute morgen schmähete die „Post“ heftig über die Förderung und bedenkliche Verstärkung der Socialdemokratie durch solche Regierungsmaßnahmen —, aber immerhin sprach er unwirlich von „dem plötzlichen und unerwarteten Frontwechsel der Regierung“, der seiner Partei nicht gefalle. Er könne, so meinte Herr Camp in dunkler Andeutung, auch die Gründe, doch er nannte sie nicht. Und schließlich offenbarte der hitzige Vertreter der reaktionären Scharfmacherei den wahren Grund, warum ihm diese Verhätigung der Regierung mißfällt. Er citierte ein Wort Windthorst's aus sehr alten Tagen, daß er entschieden für öffentliche Wahl sei. Wir sehen, sagte der konservativ Herr Camp, noch heut auf demselben Standpunkt.

Dies Bekenntnis giebt einen unerwartet reichen Ertrag aus dieser Debatte für den bevorstehenden Wahlkampf!

Der Abgeordnete Richter forderte sodann die Regierung auf, die allzukleinen Wahlbezirke, in denen das Geheimnis der Wahl gefährdet ist, zu beseitigen, für leichte Erreichbarkeit von Abschriften der Wählerlisten zu sorgen und die Stichwahl nicht zu schnell auf die Hauptwahl folgen zu lassen. Graf Posadowski wies einige Einwürfe, die gegen die Vorlage erhoben waren, zurück, wollte die Einteilung der Wahlbezirke dem „vernünftigen Ermessen“ den unteren Behörden überlassen wissen und befürwortete die Ueberlassung von Abschriften der Wählerlisten, wenn dies in kleinen Orten auch infolge ungenügender Personals schwierig sei. Den Konservativen sagte der Staatssekretär in Wendungen, die zwischen Ironie und Zweideutigkeiten schwanken, daß sie von ihrem Standpunkt aus doch den offenen Antrag auf Öffentlichkeit der Wahl stellen sollten; sei die Wahl eine geheime, so müsse das Geheimnis wirklich durchgeführt werden.

Weiter sprachen für die neuen Bestimmungen die Abgeordneten Pachnide, Haukmann, der Eisler DeLor, der Welfe v. Schele und unser Parteigenosse Ged, der besonders in humorgevärgten Ausführungen das wahrlich allzu blöde Gerede gegnerischer Blätter verspottete, als sei die Wahlsicherung gegen einen „Terrorismus der Socialdemokratie“ nötig. Graf Balkeström spendete gleichfalls einen heiteren Augenblick, indem er die konservative Verhöhnung des „Moskettengesetzes“ durch die Erinerung zurückwies, daß dieses Wort sich von dem nur mißgestalteten „closed room (geschlossener Raum)“ des australischen Wahlgesezes ableitet.

Die Debatte endete mit der Annahme der neuen Bestimmungen durch eine überwiegende Mehrheit; einige wenige konservative stimmten dafür, die große Mehrzahl dagegen. Außerdem gelangte mit derselben Mehrheit eine vom welfischen Freiherrn v. Hohenberg veranlaßte Resolution zur Annahme, welche die Sicherstellung der Wahlscheine gegen Kontrolle sichern soll.

Die nächste Reichstagswahl wird unter dem neuen Wahlreglement vor sich gehen. Die konservativen Wahlrechtsfeinde zürnen der winzigen Besserung des Wahlrechts. Unzählige Wahlrechtsfreunde aber vergessen darob nimmermehr weder die Ungerechtigkeiten, die fortdauernd das Reichstagswahlrecht verunfallen noch die schweren Bedrohungen, denen es ausgesetzt ist, noch auch all das schmachvolle Unrecht, das allenthalben in den Wahlsystemen der deutschen Staaten und der Kronvornen wuchert!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies in seiner ersten Sitzung nach den Osterferien am Dienstag zunächst den Nachtrags-Etat für die neuen, vom Staate erworbenen Eisenbahnen der Budgetkommission zur Vorbereitung. In der vorausgehenden Debatte teilte der Eisenbahnminister B u d d e mit, daß das Betriebsergebnis der Eisenbahnen für das Jahr 1902 weit günstiger sei, als ursprünglich angenommen. In letzter Zeit habe infolge der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Verkehr zugenommen, und andererseits habe die Verwaltung infolge des milden Winters so große Erparnisse erzielt können, daß

Die Interlions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

die Einnahmen nur um 18 Millionen und nicht, wie früher angenommen, um 58 Millionen hinter dem Etatsansatz zurückbleiben werden.

Nach Erledigung des Nachtrags-Etats machte das Haus zur Abwechslung wieder einmal in sogenannter Socialpolitik; es beriet einen alten Ledenhüter, den Antrag W e i h e (L.) und Genossen, durch den die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs im Sinne des vom Abgeordnetenhaus am 23. Mai 1900 angenommenen Gesetzentwurfs ersucht wird, nach welchem Rentengüter, bestehend aus einem Hause mit Garten in Mindestgröße von einem halben Morgen durch Vermittelung der Rentenbank gebildet werden können. Die Antragsteller bezwecken durch diese Maßnahmen, die Arbeiter sehnhaft zu machen, um sie vor der Verführung mit den bösen Socialdemokraten zu bewahren. Daß der Wert eines Hauses für den Arbeiter sehr problematisch ist, weil er dadurch vermindert wird, sich Arbeit zu suchen, wo es ihm gefällt, kümmert diese „Socialpolitiker“ nicht, der einzige leitende Gesichtspunkt für sie ist die Frage: Wie können wir der Socialdemokratie Einhalt gebieten? Und in diesem Streben ist ihnen das untauglichste Mittel gerade recht. Leider ist die Regierung mit diesem löblichen Streben nicht einverstanden, sie ließ durch den Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben erklären, daß sie zwar die gute Tendenz des Antrags anerkenne, es aber nicht für angängig halte, dies Ziel mit Hilfe des Rentengüter-Gesetzes zu erreichen. Im übrigen kündigte der Minister wieder einmal ein Wohnungsgesetz an; der Entwurf soll jetzt fertig sein und den Regierungspräsidenten und Oberbürgermeistern zur Begutachtung vorliegen. Wie aus den kurzen Andeutungen des Ministers hervorgeht, vermeidet die Regierung es, selbst Gelder für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auszugeben, sie will die Wohnungsfürsorge den Gemeinden überlassen, d. h. denjenigen Organen, in denen die Hausagrarien dank der staatlichen Gesetzgebung die Mehrheit besitzen. — Der Antrag W e i h e wurde schließlich gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Ein Antrag Ernst (fr. Bg.) endlich, betreffend die Errichtung von Kurhospitälern und Genesungsheimen für mittlere und untere Eisenbahnbeamte, wurde nach kurzer Debatte der Budgetkommission überwiesen.

Mittwoch: Zweite Lesung der Sekundärbahn-Vorlage, kleinere Vorlagen und Initiativ-Anträge. —

Wahlvorbereitungen.

Berliner Kandidaten. In der gestrigen Uebersicht der Berliner Kandidaturen ist ein Irrtum enthalten. Im dritten Wahlkreis kandidiert für die freisinnige Volkspartei Hugo Jäger. Die „Freis. Ztg.“ spricht in gehässiger Kleinlichkeit von „falschen Angaben des „Vorwärts“. Auch die „Freis. Ztg.“ muß aber wissen, daß die aus einer parlamentarischen Korrespondenz entnommene Uebersicht in andern Berliner Blättern eher veröffentlicht war als im „Vorwärts“.

Die Einigung der deutschen und polnischen Genossen in Oberschlesien wurde am Freitag vollzogen. Auf einer von den Agitationskommissionen der ober-schlesischen Genossen der socialdemokratischen Partei Deutschlands und den ober-schlesischen Genossen der polnisch-socialdemokratischen Partei in S c h l e s i e n abgehaltenen gemeinsamen Sitzung wurden die folgenden Kandidaturen als gemeinsame ernannt:

1. Tischler Johann Sofina aus Königshütte für den Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg.
2. Berg- und Hüttenarbeiter Paul Bodusche aus Rojanina bei Döpnitz für den Wahlkreis Döpnitz.
3. Maurer Josef Scholz aus Deuthen O.-Schl. für den Wahlkreis Gr. Strechitz-Köfel.
4. Schuhmacher Franz Trabalaki aus Kattowitz für den Wahlkreis Lublinitz-Loth-Gleiwitz.
5. Arbeitersekretär Dr. August Winter aus Deuthen für den Wahlkreis Deuthen O.-Schl./Arnau.
6. Verleger Franz Morawski aus Kattowitz für den Wahlkreis Kattowitz-Jabrze.
7. Gewerkschaftsbeamter Franz Scholtzfel aus Königshütte O.-Schl. für den Wahlkreis Bieł-Kobinitz.

Zur Leitung der Wahlagitation in diesen Wahlkreisen konstituierte sich an demselben Tage eine aus fünf Genossen bestehende ober-schlesische Centralwahlkommission, deren Adresse lautet: Franz Trabalaki, Kattowitz.

Der deutsche Verein für Frauenstimmrecht erläßt einen Wahlaufschuß, darin es heißt:

„Im politischen Leben der deutschen Nation giebt es vieles wieder gut zu machen. Damit das deutsche Volk endlich den Gewinn erbringt, daß es politisch reif ist, hat es Reichstags-Abgeordnete zu wählen, die für Gerechtigkeit, Freiheit und Fortschritt eintreten, die das Interesse der Gesamtheit über das eigene und das Partei-Interesse stellen. Für solche Männer gilt es einzutreten durch Wort und That, im öffentlichen Leben und von Haus zu Haus.“

Das kann man in den Wahlaufschüssen aller bürgerlichen Parteien lesen. Es giebt keine bürgerliche Partei, die nicht vor den Wählern das „Interesse der Gesamtheit“ wahrte. Wenn die Frauen dieser

Parole des Vereins für Frauenstimmrecht folgen wollen, dann sind sie so klug wie zuvor.

In Rheinlande werden den offiziellen Centrumskandidaten auch diesmal wieder agrarische Sonderkandidaten gegenübergestellt. Eine in Köln abgehaltene Versammlung von rheinischen Landwirten der Schreinerischen Richtung hat bereits in dieser Beziehung Beschlüsse gefasst. In Cleve-Geldern soll der händlerische Gutbesitzer Lindborg, ein Führer der Opposition im Rheinischen Bauernverein, als centric-agrarischer Sonderkandidat aufzutreten. In Düren-Jülich, Mülheim-Wipperfürth-Summersbach und andern rheinischen Centrumswahlkreisen wird es ebenfalls zu solchen Kandidaturen kommen. Wenn die Opposition auch nicht gar zu hoch angeschlagen werden darf, so wird sie dem Centrum doch erhebliche Schwierigkeiten verursachen, und es laßt sich schon jetzt mit Sicherheit angeben, daß diese Sonderkandidaturen viel größere Erfolge haben werden als im Jahre 1898. Anders verhält es sich mit der Opposition der Arbeiteranhänger des Centrums. Von den Wortführern der Joloppoition der katholischen Arbeiter hat man mit Ausnahme der Düsseldorf noch nichts gehört. Diese haben dem Centrum wieder aufgestellten Abgeordneten Ulrich den Centrumsabgeordneten Medauctor Fusanget gegenübergestellt. Trotzdem dieser es entschieden ablehnt, als Kandidat der Joloppoitionen zu dienen, und den Herren eine scharfe Abjage erteilt hat, halten diese doch an ihm fest. Die Leute machen in der That einen kläglichen Eindruck. In Mülheim-Glabach wollte man unter dem Vorwand der Düsseldorf ebenfalls vorgehen; es fehlte aber das Publikum. Im Kreise Mülheim am Rhein hat das Centrum seine unzufriedenen Arbeiter dadurch zu beruhigen gesucht, daß es den Hauptwortführer in Mülheim in den Stadtrat hat wählen lassen. Seitdem hat man von dem sonst recht streitbaren Mann nichts mehr gehört. Gewonnen hat das Centrum damit gar nichts. Die Führer der Joloppoitionen haben ja damals schon meist ihre unentwegte Zugehörigkeit zum Centrum betont. Dadurch wird jedoch das Erwachen der katholischen Arbeiter nicht aufgehalten, wie die Nachwahl im Kreise Duisburg-Mülheim a. Ruhr mit ihrem gewaltigen Anschwellen der socialdemokratischen Stimmen beweisen hat.

Zucker-Panache bearbeitet zur Zeit seinen Wahlkreis Kreuznach-Simmern. Die Wähler, die ihn schon vor einiger Zeit erklärt haben, daß sie ihn unter keinen Umständen wieder wählen würden, machen ihm nach Kräften das Leben sauer. Der dortige Sekretär des Bundes der Landwirte hat Herrn Panache jetzt ein Schreiben geschickt, worin es heißt: „Nachdem die Vertrauensmänner der Landwirte in Kreuznach-Simmern einstimmig Herrn Aris Bley aufgestellt haben, fordere ich Sie namens des Ausschusses auf, von Ihrer Kandidatur zurückzutreten.“ Wenn die Wähler bei dieser Haltung beharren, kann Herr Panache seinen Sitz im Reichstag verlieren; denn er ist mit händlerischer Hilfe gewählt. Es fielen damals auf ihn 6013 nationalliberale Stimmen, das Centrum erhielt 6310, die Wähler 5110 Stimmen. In der Stichwahl stimmten fast sämtliche Wähler für ihn, so daß er mit 11 723 Stimmen gegen 7456 Centrumsstimmen siegte.

Im Bezirk der Agitationskommission zu Kassel sind seitens der Partei folgende Kandidaten aufgestellt. Wahlkreis Kassel-Melungen: Schriftsteller R. Thiel-Kassel (z. B. in Straßburg wegen Freibergerbergs). Wahlkreis Göttinge-Witzenhausen-Schmalalben: Cigarrenfabrikant W. Hugo-Kassel. Wahlkreis Nieneln-Hofgeismar-Wolfhagen: Lagerhalter D. Vetterler-Nelmarshausen. Wahlkreis Waldeck-Urmont: Schreiner L. Dettmering-Eberfeld. Wahlkreis Kriklar-Homburg-Ziegenhain: Kassierer A. Jordan in Kassel. Wahlkreis Rotenburg-Dersfeld-Günfeld: Medauctor W. Bod in Gotha.

Eine Polizeiverammlung in Witten, die vom dortigen polnischen Hauptwahlkomitee einberufen war, sprach sich nach heftigen Angriffen auf die polnischen Großgrundbesitzer und das Centrum für die Aufstellung eines polnischen Kandidaten im Wahlkreise Bochum aus.

Die Freisinnigen und die Nationalliberalen in Bayern haben ein Wahlkompromiß geschlossen. In den Wahlkreisen, in denen die Kandidaten aufstellung noch nicht erledigt ist, wird den Parteiangehörigen die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten, im übrigen aber wenigstens ein Zusammengehen bei Stichwahlen empfohlen.

Deutsches Reich.

Reserve-Übungen und Reichstagswahl. Wir teilten mit, daß in Kiel Reserve-Übungen für die Zeit des Reichstags-Wahltermins in Aussicht genommen sind. Jetzt meldet die „Schlesische Zeitung“, daß in Schlesien 14tägige Übungen der Reservisten vom 19. Juni bis 2. Juli bezw. 23. Juni bis 6. Juli und der Landwehrlente vom 19. Juni bis 2. Juli und 24. Juni bis 7. Juli versagt worden sind. Die betreffenden Mannschaften würden danach für die Stichwahlen ihres Wahlkreises verlustig gehen. Die Abänderung jener Termine ist Pflicht der Regierung.

Das deutsche Kasehen im Auslande.

Wir haben schon immer den Kars, der zwischen Kreuzzugpredigern und starken Liebenswürdigkeiten schwankt, kritisiert. Aber die Hyazinthen des Bürgerturns weisen uns Kritik zurück und toben wider unsere Feindseligkeit gegen die Monarchie. Nun sind die Dinge so geblieben, daß selbst unzweideutige Verherrlicher alles Beschreibenden und alles monarchischen Thuns ihre Bedenken in schärfster Zustimmung erheben.

Als unsere Vertreter im Reichstage schon vor mehr als Jahresfrist die Reise des Prinzen Heinrich nach den Vereinigten Staaten in ihrer Wichtigkeit und Bedenklichkeit kritisierten, da wurden wir arg verlastet. Jetzt sagen selbst die freikonservativ-rechtsnationalliberalen „Berl. Renesse Nachrichten“:

„Selbst wenn man die „Frage“ des amerikanischen Flottenbesuches möglichst läßt abzuwägen sich bemüht, bleibt immer ein bitteres Gefühl und ein Manco für uns Deutsche übrig. Diese Stimmung macht sich überall, in den verschiedensten politischen Parteilagern von rechts nach links geltend, und die wenigen übereifrigen offiziellen Stimmen, welche versichern, es gehe alles auf dem vorletzten Wege zu und es sei nicht der geringste Grund zur Unzufriedenheit, reden rein in die Luft und können nur ein geringfügiges Vachein hervorbringen. . . . Wäre die Kieler Einladung nicht erfolgt, so würde die ganze unerquickliche Angelegenheit mit ihren Auseinandersetzungen und Komplikationen uns erspart geblieben sein. Das giebt wieder einmal eine erste Mahnung, einseitige Liebenswürdigkeiten nicht an die Amerikaner zu verschwenden. Die abweisende Behandlung der geschenkten Statue Friedrichs des Großen und andres sollten doch genug Rechte zeigen. Ueberall in den Deutschen Reiche herrscht nur ein Gefühl des Mißvergnügens, mag es nun laut sich kundthun oder mehr verschwiegen werden, darüber, wie der auf besondere Initiative des Kaisers als deutscher Vertreter nach Washington gesandte Freiherr Speck v. Sternburg von Anfang an den Amerikanern die größten Schmeicheleien sagte, den Präsidenten Roosevelt umwarb, als einziger Vertreter der Diplomatie bei dessen Abreise auf dem Bahnhof war usw. Was die Erzählung wahr sein oder nicht, daß Herr Roosevelt den deutschen Gesandten mit dem Kosenamen Speck (Speckchen) angeredet und ihm während seiner Abwesenheit die präsidentialen Pferde zu reiten erlaubt habe, es thut wehe, wenn man, wie das jetzt vielfach der Fall, über einen Vertreter des Deutschen Reiches spöttische Bemerkungen liest. Und die gefälligen Stimmen des Auslandes über den deutschen Kaiser sollten auch zu denken geben. Soeben bringt eine der verbreitetsten Pariser Zeitungen einen Schmähartikel. . . .“

Das Weitere entzieht sich der Wiedergabe in einem Blatte, dem der Staatsanwalt geneigt ist, die Absicht der Verleumdung zu unterstellen. —

Verhaftung eines russischen Socialisten. Aus Kattowitz wird der „Berl. Zig.“ gemeldet:

„Die Myslowitzer Gendarmen verhaftete gestern abend bei der Vorlesung der russischen Lehrer Hoolst P. P.owski aus Kattowitz bei Barzhan, weil man bei ihm aus Krakau stammende socialistische Schriften, die in Preußen verboten sind, vorfand. P.owski gab an, daß er sie in Kattowitz an einen Unbekannten übergeben sollte.“

„Verbotene Schriften“ giebt es in Preußen, abgesehen von Zeitungen, überhaupt nicht. Es könnten höchstens Schriften sein, deren Inhalt das deutsche Strafgesetz verlegt!

Wir fordern jedenfalls, daß Gesetzwidrigkeiten und Unmenslichkeiten, wie sie im Falle Kalajeff in Myslowitz begangen wurden, sich nicht wiederholen. —

Gegen die guten Sitten verstoßt das Verhalten der Musterfirma vorm. F. Siemens in Dresden. Das ist soeben vom Gewerbegericht Dresden ausgesprochen worden. Ein Glasmacher klagte auf Herausgabe des ihm zuviel abgezogenen Einträgerslohnes. Die Glasmacher (Glasmäler) brauchen einen Einträger, einen jungen Menschen, der die eben geblasenen, noch glühenden Glasgegenstände in den Mülöfen trägt. Diesen Einträger müssen die in Accord arbeitenden Glasmacher von ihrem Accordverdienst in Stundenlohn bezahlen, auch an sich schon eine arbeiterfeindliche Mißerecheinrichtung; ob nämlich ein Glasmacher viel oder wenig verdient, ob er auf Arbeit warten muß, ob er infolge schlechter Waffe viel Bruch hat — den er gleichfalls tragen muß — es wird ihm stets der volle Lohn für den Einträger abgezogen und es ist bei diesem System schon vorgekommen, daß Glasmacher noch drauflegen mußten.

Bisher bediente jeder Einträger einen Glasmacher; seit dem Herbst vorigen Jahres bedient ein Einträger aber zwei Glasmacher. Der Einträger bekommt nach wie vor 14 Pfennig Stundenlohn. Die Firma aber zieht je dem Glasmacher nach wie vor 14 Pfennig Einträgerslohn pro Stunde ab, wovon sie nur 7 Pfennig an den Einträger bezahlt. Die Einrichtung bedeutet also bei zehnstündiger Arbeitszeit eine tägliche Lohnkürzung von 70 Pfennig für jeden Glasmacher.

Der infolge eines geringfügigen Streikes entlassene Arbeiter klagte nun auf Herausgabe dieses Abzuges. Der Vertreter der verflagten Firma behauptet, wie wir einem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ entnehmen, die Firma habe durch eine technische Verbesserung die Arbeit der Glasmacher außerordentlich erleichtert. Durch diese technische Einrichtung (ein Gestell) kann ein Glasmacher verschiedene Handgriffe ohne Zeitverlust selber machen, und deshalb sei es möglich geworden, daß jetzt ein Einträger zwei Glasmacher bedienen könne. Der Glasmacher selbst habe keinen direkten Schaden, denn er verdiene noch genau so viel als vorher. Der Vorsitzende des Gerichts wirft hier die Frage ein: „Dann ziehen sie aber zwei Glasmachern den ganzen Lohn für einen Einträger ab; also zweimal 14 Pf. pro Stunde (28 Pf.), es werden doch nur einmal 14 Pf. an einen solchen Mann gezahlt? Darauf antwortete der Vertreter der Firma: Ja, sollen wir denn den Nutzen dieser technischen Neuerung den Arbeitern zuwenden lassen? Die neue Einrichtung hat uns doch erst Geld gekostet. Nun wieder der Vorsitzende: Also verlangen Sie, daß die Verzinsung Ihres neuangelegten Kapitals die Arbeiter tragen sollen. Darauf wieder der Vertreter: Ja, das ist doch selbstverständlich. Die Arbeiter haben doch den Vorteil davon. Uebrigens haben wir nur im Interesse der Arbeiter gehandelt. (U) Bei der jetzigen Geschäftslage wären wir sonst gezwungen, Lohnkürzungen vorzunehmen. In den weiteren Ausführungen des Vertreters der Firma kommt zum Ausdruck, daß falls die Firma in diesem Falle verurteilt wird, wahrscheinlich eine direkte Lohnkürzung erfolgen wird. Der Herr Vertreter ist weiter der Ansicht, daß die Firma vollkommen korrekt gehandelt habe, da sie durch Anschlag die Arbeiter von der veränderten Lohnzahlungsform in Kenntnis gesetzt habe. Auch sei der Arbeiterspruch damit einverstanden gewesen; wie sich auch sonst niemand gekümmert habe. (Bei der allgemeinen Haltung der Firma gegen die Arbeiter ist es sehr begreiflich, daß die Arbeiter hier nicht gemußt haben.) Der Kläger habe auch sein Recht verwickelt, nachdem er erst jetzt, nach seiner Entlassung, diesen Anspruch geltend mache. Dieser Auffassung kann das Gericht sich nicht anschließen, weil die hier in Betracht kommenden Maßnahmen der Firma gegen die guten Sitten verstoßen und deshalb ein Anspruch jederzeit geltend gemacht werden könnte.

Ueber die Vorteile der technischen Verbesserung haben die Arbeiter bei Siemens Ansichten, die etwas von denen der Firma abweichen. So erklärt zum Beispiel der Kläger, daß über diesen Punkt allgemeiner Unwille herrsche. Durch die neue Vorrichtung sei es zwar möglich, daß ein Einträger jetzt zwei Glasmacher bedienen könne, die Glasmacher hätten aber mehr Arbeit. Es sei auch nicht richtig, daß sie noch genau so viel als vorher verdienten. Der Kläger ist auch der Meinung, daß infolge seiner Klage, schon die „Schwarze“ gegen ihn in Funktion getreten ist, denn er habe an eine Reihe von Orten um Stellung geschrieben, aber noch keine Arbeit gefunden. Aus der gerichtlichen Prüfung der Lohnzettel des Klägers und der Lohnlisten der Beklagten ergiebt sich, daß 54,95 M. dem Kläger thatsächlich zu viel in Abzug gebracht worden sind.

Die Firma wurde verurteilt, dem Kläger diese Summe zu zahlen.

Selbst wenn man der Ansicht der Firma, die ja wohl von allen Unternehmern geteilt werden mag, nachgeben wollte, daß sie allein den Anspruch auf die Vorteile aus der technischen Neuerung habe, so ist damit doch noch keineswegs das geübte Verfahren gerechtfertigt. Die Firma beschäftigt mehrere hundert Glasmacher. Da sie jedem Glasmacher täglich 70 Pfennige abzieht für die technische Neuerung, bei 300 Arbeitstagen 210 M., bei 100 Glasmachern schon 21 000 M. im Jahre, so kann man auf einen hübschen Extraprofit schließen.

Durch die Feststellung des Gerichts, daß das Verfahren der Firma gegen die guten Sitten verstoßt, ist der Hundung der „Arbeiterumgebungen“ in so vernichtender Weise gerichtet, daß es keiner weiteren Kritik bedarf. —

Klerikale Unternehmer und Socialdemokratie. Während die „Germania“ bisher mit keiner Silbe auf unsre Antwort auf ihren Vortrag der Länge eingegangen ist, bemüht sich die „Köln. Volksztg.“ die fatale Stelle über die Pflichten katholischen Unternehmern aus dem Jesuitenlatechismus jeitentlich wegzudeuten. Es handelt sich bekanntlich um die folgende Verantwortung der Frage:

„Wie soll der Arbeitgeber für das Wohl seiner Arbeiter sorgen? — Er soll für dasselbe sorgen, indem er z. B. keine Arbeiter duldet, welche den übrigen durch schlechte Reden, durch Verbreitung schlechter Schriften oder in anderer Weise eine Verführung wären zum Unglauben, zur Unsittlichkeit und insbesondere zur Socialdemokratie.“

Die „Köln. Volksztg.“ erläutert diesen Satz dahin, daß er „nur“ bedeute:

„Wir bestreiten nach wie vor entschieden, daß der Satz: Katholische Unternehmer dürfen keine Socialdemokraten in ihren Betrieben dulden, die Klerikale Anschauung“ sei. Katholische Unternehmer dürfen wohl Socialdemokraten in ihren Betrieben dulden, wenn denselben nichts vorzumerken ist als ihre Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei und thatsächlich gehören viele Tausende socialdemokratische Arbeiter den Betrieben katholischer Unternehmer unbekannt an. Wenn freilich socialdemokratische Arbeiter die Arbeitsräume zu politischen oder antireligiösen Agitationen mißbrauchen, so brauchen sich das weder Arbeitgeber noch Arbeitskollegen gefallen zu lassen, denn die Werkstätte ist zur Arbeit da und kein Raum für Propaganda.“

Daß katholische Unternehmer entgegen der klerikalen Lehre auch socialdemokratische Arbeiter in ihren Betrieben beschäftigen, ist zweifellos. So fromm ist kein Unternehmer, daß er lieber auf die Ausbeutung verzichtet und verhungert, ehe er socialdemokratische Arbeiter ausbeutet, ohne die er einmal nicht existieren kann. Daß die Arbeiter außerhalb der Arbeitszeit nicht in den Werkstätten über das reden dürfen, was ihnen an

Herzen liegt, ist ja eine ganz nette Annäherung der „Kölnischen Volkszeitung“ an die Jesuitenlehre. Wenn das Centrum sogar den Verzicht auf politische Agitation bemutigt, so begreifen wir nicht, warum sie es für unzulässig erklärt, in den Werkstätten christliche Agitation zu treiben. Thatsächlich wird eine solche Entschlossenheit auch seitens der christlichen Arbeiter gar nicht geübt.

Jedoch die Interpretation der „Kölnischen Volkszeitung“, so viel sie schon zugeht, ist grundfalsch. Der Jesuitenlatechismus legt dem Arbeitgeber, wie aus dem ganzen weiteren Inhalt hervorgeht, die Pflicht auf, selbst jede Verührung „seiner“ Arbeiter mit Socialdemokraten zu verhindern; dem Socialdemokraten sind nach dem latechismus schwere Verbrechen. Wo darf er überhaupt keine Socialdemokraten in seinem Betriebe dulden. Der Absperrenscheibsel geht ja so weit, daß selbst den Kindern christlicher Arbeiter verboten wird, mit Kindern socialdemokratischer Arbeiter zu spielen.

So arg schon der Terrorismus ist, den die „Köln. Volksztg.“ aus der Stelle herausliest und billigt, die Ungehörlichkeit der klerikalen Unduldsamkeit, welche thatsächlich jene Jesuitenantwort enthält, ist noch viel größer. Die klerikale Unduldsamkeit wird nur teilweise aufgehoben durch das Geschäftsinteresse der katholischen Unternehmer, denen hoffentlich wegen der Anstellung socialdemokratischer Verbrecher die Absolution nicht verweigert wird. —

Politik im Reichsthal. Ueber einen großen Mißbrauch des Reichsthalts wird aus Schlüßelfeld bei Bamberg berichtet. Der dortige Pfarrer soll einen Arbeiter bei der Weichte verschiedene politische Fragen vorgelegt haben, u. a. auch, ob er bei der Reichstagswahl einen Socialdemokraten wähle. Als der Arbeiter dies bejahte, verweigerte ihm der Geistliche die Absolution. Der Arbeiter erklärte darauf dem würdigen Pfarrherrn, er verzichte fürderhin auf eine Weichte vor einem Diener Gottes, der in politischer Agitation mache.

Ueber einen eben solchen Fall wird der Münchener „Post“ aus München berichtet:

Wozu der Reichsthal dient, möge folgendes Vorkommnis wieder einmal darthun: Meine Frau ging zur Weichte und da lautete die erste Frage, die der Weichtwater, ein Kapuziner-Pater, an sie stellte: Was halten Sie für eine Zeitung? Die Antwort war: die „Münchener Post“. Was, erwiderte der erzürnte Pater, die „Münchener Post“ lesen Sie, diese Zeitung muß so fort aus dem Hause! Was ist Ihr Mann, gewiß ein Socialdemokrat, ging das Examinieren weiter, ja der Pater meinte: Wenn Sie diese Zeitung nicht aufgeben, kann ich Sie nicht absolvieren usw. Meine Frau erklärte, sie könne da nichts thun, sie habe in dieser Beziehung keinen Einfluß auf den Mann, sie selbst lese die Zeitung ja nicht. Dann wird Ihnen Ihr Mann jedenfalls das Gelesene erzählen, warf der Centrumsagitator im Reichsthal ein, meine Frau verneinte auch dies, worauf nach weiterem Schimpfen sich der Herr Kapuzinerpater endlich dazu herbeiliß, die Absolution zu erteilen, doch mit dem Bemerkn, daß es fast besser wäre, zu einer andern Religion überzugehen, als so in der katholischen fortzuleben. Ich stelle die Frage: Was geht das den Weichtwater meiner Frau an, welche Zeitung ich halte? —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Christlichsocial. Wie dem „V. Z.“ aus Wien telegraphiert wird, führen die Christlichsocialen im niederösterreichischen Landtage wieder jämmerliche Scenen auf.

Die Christlichsocialen wollten die Wahl des freisinnigen Bürgermeisters Schmidt von Amstetten zum Landtags-Abgeordneten annullieren und erhoben deshalb schwere Beschuldigungen gegen ihn. Sie beschuldigen ferner den Bezirkshauptmann und Kreisrichter von Sankt Pölten, ihre Amtsgewalt und die Justiz zu Gunsten Schmidts mißbraucht zu haben. Der Statthalter weist diesen Angriff zurück: Die Christlichsocialen stürmen gegen die Tribunale des Statthalters, bedrohen ihn mit Häufen, schreien ihm ins Gesicht und brüllen: „Abtreten! Hinans mit ihm! Sie sind ein bezahlter Beamter!“ Die Christlichsocialen Majorität beschließt endlich die Annullierung des Mandats Schmidts. —

Wien, 21. April. Abgeordnetenhause. In Beantwortung einer Interpellation Schönerer betreffend die Stellung der Deutschen in Oesterreich zu dem Bündnisse mit Deutschland angeichts des Verhaltens des Deutschen Reiches zu den Deutschen in Ungarn erklärt der Ministerpräsident, da es sich um das Deutsche Reich einerseits und das Königreich Ungarn andererseits, also um zwei fremde Staaten handle, siehe der Regierung gar kein Recht irgendwelcher Einmischung zu. Er erachte die Delegationen als besser geeigneten Ort zu solchen Auseinandersetzungen; dort würde sich wohl auch zeigen, ob wirklich alle Deutschen in Oesterreich geneigt seien, aus den von dem Interpellanten angeführten Gründen jenem Bündnisse ihre Unterstützung zu entziehen. —

Frankreich.

Paris, 21. April. Bisher haben von den in Paris ansässigen Kongregationen nur zwei, nämlich die Brüder der Heiligen Sacramente und die englischen Passionisten, den Weisungen der Behörden Folge geleistet, ihre Klöster zu verlassen. Ueber diejenigen Kongregationen, welche erklärt haben, nur der Gewalt weichen zu wollen, wurde gestern abend nach Aufnahme des Rathbesandes von dem Polizeikommissar Anzeige erstattet.

Lourdes, 21. April. Der Bürgermeister von Lourdes, dem von dem Präfekten des Departements mitgeteilt wurde, daß die berühmte Grotte demnach geschlossen werden solle, erklärte, er könne in diesem Falle für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht bürgen. Die Stadt Lourdes lebe anschlüssig von der Pilgerfahrt; er fürchte, es werde zu blutigen Ruhestörungen kommen. Der Präfekt und der Bürgermeister begaben sich nach Paris, um mit dem Ministerpräsidenten über diese Frage zu unterhandeln. —

Belgien.

Ein Geschäftskartell der belgischen Klöster. Wir hatten nach dem „Recht Wien“ mitgeteilt, daß die belgischen Klöster einen Handelskartell gebildet haben. Diese Nachricht bestätigt jetzt die „Köln. Volkszeitung“ in folgender Form:

„Die Gründung ist in der That begriffen, geht aber nicht von den Klöstern aus, sondern von einer Gruppe gewerbmäßiger Gründer, welche dem Adel und der katholischen Partei angehören. Diese Gruppe bezweckt direkt auch ihre eigenen Geldinteressen zu fördern; in zweiter Reihe erst kommt für sie das Interesse der Klöster. Diese werden im Gegentheil höchstwahrscheinlich im Laufe der Zeit ebenso die Ausbeutungsbjekte jener Gründer, die ein Augenblick für die katholische Partei Belgiens sind, werden müssen, wie das große Publikum, das die Klöster übernahm.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ zieht die Lesart vor, daß die Klöster nicht gründeten, sondern gegründet werden, sich von Kapitalisten gründen lassen. Unstres Erachtens ist dies Verhältnis noch schlimmer. Es handelt sich um die kapitalistische Verschmelzung löstlicher Großbetriebe, die zur höheren Ehre Gottes Geschäfte machen, die Frömmigkeit zur Gewinnung billiger Arbeitskräfte benutzen und — die Mittelstandspartei! — die kleinen Gewerbebetriebe niederzukürrieren. Wozu das Christentum alles gut ist! —

Holland.

Daag, 21. April. Durch königlichen Erlaß ist der Kriegsminister ermächtigt worden, die wegen des Eisenbahner-Ausstandes unter den Fahnen gehaltenen Wägen nach und nach, wie der Dienst es gestattet, zu entlassen. —

Italien.

Rom, 20. April. Der „Tribuna“ wird aus Galatina (Provinz Lecce) gemeldet: Von arbeitslosen Landeuten wurden gestern vormittag hier, als Lebensmittel unter sie verteilt werden sollten, Ausschreitungen begangen; es wurden Fenstersteine eingeworfen und Gewaltthaten verübt. Die Polizei trieb die Menge auseinander.

Als nachmittags das Verbot erging, daß die Musik auf dem Plage hiesig, wiederholten sich die Aufsehörungen. Die Menge warf mit Steinen gegen die Gendarmen und gab Revolverkugeln auf sie ab, so daß die Gendarmen von der Waffe Gebrauch machten. Mehrere Teilnehmer an den Ausschreitungen wurden verwundet, einer der Verwundeten ist seinen Verletzungen erlegen. Auch ein Polizeikommissar und mehrere Gendarmen wurden verwundet.

Rom, 21. April. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der König hat heute das Entlassungsgesuch des Ministers des Aeußern Prinetti angenommen.

England.

Unterhaus. London, 21. April. Das Haus tritt heute nachmittags zu seiner ersten Sitzung nach den Osterferien wieder zusammen. Der Unterstaatssekretär des Aeußern, Lord Granbome, erklärt in Beantwortung einer Anfrage über den Stand der Verhandlungen mit Venezuela, daß das Abkommen über die Festsetzung der dem Haager Schiedsgericht zu unterbreitenden Fragen Gegenstand von Verhandlungen zwischen Venezuela und den beteiligten Mächten sei. Da die Verhandlungen in Washington aber noch schwebten, würde es der Praxis der Regierung zuwiderlaufen, jetzt eine Erklärung abzugeben.

Norram (lib.) fragt an, ob eine Verständigung zwischen den Gründern der Vagabundbahn und der Gruppe britischer Finanzmänner erzielt sei bezüglich einer Erhöhung des England zugefallenen Anteils am Kapital. Premierminister Balfour erwidert, daß seit seinen letzten Ausführungen im Hause über den Gegenstand keine Aenderung eingetreten sei.

Die irische Agrarvorlage.

London, 18. April. (Fig. Per.) Die Pächter und Landarbeiter von Ulster (Nordprovinz Irlands) waren am 15. April in Belfast versammelt, um sich über die am 25. März eingebrachte Vorlage betreffend Auskauf der irischen Grundbesitzer auszusprechen. Die da gedehnten Ansichten waren der Vorlage nichts weniger als günstig. Die Redner meinten, die Maßregel traffe vor allem an dem Umstande, daß sie freiwilligen Auskauf voraussetze. Keine irische Landbill könne die Pächter befriedigen, die nicht auf Zwangsankauf ausgeht. Ferner sei der Kaufpreis zu hoch; man könne die Vorlage eher eine Maßnahme zur Unterstützung der Grundbesitzer nennen. Schließlich sei für die Landarbeiter nichts gefahren. Die Konferenz folgte ihre Gesamt-Ansicht in folgenden Beschlüssen zusammen: „Wir sprechen der Regierung den Dank aus für ihre Bemühungen, eine so schwierige Frage wie die irische Landfrage zu lösen. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Zweck nur durch eine Bill, die auf Zwangsankauf und Zwangskauf beruht, erreicht werden könnte. Solange eine derartige Bill nicht eingebracht wird, sollen die Pächter in ihrem Kampfe nicht nachlassen. Die finanziellen Bestimmungen der gegenwärtigen Bill sind den Pächtern ungünstig. Der Staatszuschuß (12 Millionen Pfund Sterling) sollte nicht dazu verwendet werden, die Einnahmen der Grundbesitzer zu schwächen, sondern den Kaufpreis, mit dem die Pächter zu belasten sind, herabzusetzen. Die Bestimmungen betreffend die Landarbeiter sind vollständig wertlos. Die landwirtschaftliche Klasse Irlands verlangt, daß erhalte und sogar drastische Maßregeln ergriffen werden, den Landarbeitern das Eigentum eines angenehmen Heimts zu sichern.“ Die Konferenz war der Ansicht, daß eine strikte Anwendung der bisherigen Landgesetze den Pächtern mehr Vorteile gewähren könnte als die gegenwärtige Landbill.

Am 16. und 17. d. M. tagte in Dublin der Kongreß der irischen Pächter, um im Prinzip über Annahme oder Verwerfung der Landbill zu entscheiden. Die irische Parlamentsfraktion war stark vertreten, ebenso die verschiedenen Organisationen des irischen Volkes. Der Vorsitz führte Mr. John Redmond, der parlamentarische Führer der Iren. Der Hauptredner war der Abgeordnete Mr. W. O'Brien, der bis zu Ende des Jahres 1902 zu den bittersten Feinden der englischen Regierung gehörte. Er beantragte folgende Resolution: „Wir beglückwünschen das irische Volk zur Einbringung der Landbill durch die britische Regierung. Es ist dies eine Maßnahme, die zum erstenmal in der irischen Geschichte den Versuch macht, das irische Volk wieder zum Besitzer des irischen Bodens zu machen. Die Annahme dieses Grundgesetzes wird die Gegensätze, die Wirren und Unruhen in Irland befeitigen. Es ist aber unsere Pflicht zu erklären, daß die Bill noch erhebliche Aenderungen bedarf, um dieses Ziel erreichen zu können. In der Hoffnung, daß die Bill zu Gunsten des irischen Volkes amendiert werde, geben wir der irischen Parlamentsfraktion die Vollmacht, nach ihrem Gutdünken über die Bill im Parlament abzustimmen.“

Die gewünschten Aenderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Befreiung der ewigen Rente (des letzten Achtels des Kaufpreises) und auf Herabsetzung des Kaufpreises. Michael Davitt hielt eine glänzende Rede zu Gunsten der Beibehaltung der ewigen Rente, da sie ja schließlich der irischen Regierung zu gute kommen und eventuell eine Bergesellschaftung des Grund und Bodens erleichtern würde. Der Kongreß sprach sich indes gegen Davitts Vorschlag aus.

Im ganzen Großen scheint die Annahme der Bill gesichert zu sein, wenigstens so weit die irische Fraktion (82 Mitglieder) in Betracht kommt.

Türkei.

Konstantinopel, 20. April. (Meldung des Wiener A. S. Telegraphen-Korresp.-Bureaus.) In den letzten Tagen sind mehrere Albanesen hier verhaftet worden. Außerdem wurden auch in der albanesischen Bildzagnation verschiedene Vorsichtsmaßregeln durchgeführt; einige verdächtige Elemente wurden verbannt. Die inapel verammelten Albanesen-Ghesis und Rotabeln sind auseinander gegangen. Auch sonst liegen keine Meldungen über neue Demonstrationen und Angriffe vor. Die Pforte hat sich jedoch, um das trotz dem nötige Vorgehen gegen die oppositionellen Albanesen des Vilajets Uestlab zu sichern, entschlossen, die bei Mitrovitza, Pezind und Berrifotiv unter Marischall Omer Ruchdi-Pascha konzentrierten 35 Bataillone zu verstärken und eventuell zu verdoppeln. Deshalb ist die Mobilisierung einer, eventuell zweier Rediv-Divisionen in Atonia angeordnet. Die diplomatischen Kreise sind über diese Maßregeln keineswegs beunruhigt, sondern betrachten dieselbe als notwendig und als erfreuliches Zeichen des Willens der Pforte, die Opposition der Albanesen im Vilajet Uestlab ernstlich zu bewältigen.

In Kreisen der Pforte verlautet, der gestrige Ministerrat habe ein militärisches Vorgehen gegen die oppositionellen Albanesen des Vilajets Uestlab beschlossen; die betreffenden Befehle seien bereits ergangen.

Aus Saloniki wird vom 20. April gemeldet: Gestern hat eine Bande von 500 Mann, die zum Teil bulgarische Uniformen trugen, in der Nähe von Radovitch die Grenze Macedoniens überschritten und einen Trupp von 30 Soldaten umzingelt. Das Gefecht dauerte den ganzen Tag, bis die Türken Verstärkungen aus Radovitch und Strumitza erhielten. Die Bande wurde geschlagen. Reun Türken und 30 Mann der Bande sind gefallen. Die Bande wird energisch verfolgt.

Afien.

Hongkong, 20. April. Nach Meldungen aus der Provinz Kwangsi hierher dort Laufende als Opfer der Hungersnot; Frauen verkaufen sich als Sklaven, um dem Hungertode zu entgehen. Der amerikanische Konsul hat Sammlungen eingeleitet.

Amerika.

Vom Aufstand auf Santa Domingo. Nach einer Meldung der Pariser „Agence Havas“ aus Santo Domingo haben die Truppen des Generals Vasquez die Hauptstadt beschossen und sind darauf in dieselbe eingedrungen, aber nach hartnäckigem Kampfe zurückgeworfen worden. Sie verloren zahlreiche Leute, darunter den Kriegsminister; auch fielen 60 Gefangene in die Hände der Aufständischen.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Frankfurt a. M. starb der Genosse Junker, einer der Draußen, dem nie eine Arbeit zu schwer oder zu gering war. Die Genossen gaben ihm auf dem letzten Wege in Massen das Geleit.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ausgewiesen wurde durch den Regierungspräsidenten in Kassel der in Großalmerode wohnende Genosse Gustav Kenger. Genosse Kenger ist österreichischer Unterthan; darin besteht aber sein Verbrechen nicht, denn es leben in Preußen viele Österreicher, ohne der Ausweisung zu verfallen. K. hat auch während seines Aufenthalts in Großalmerode stets Arbeit gehabt, hatte nie Polizeistrafen zu zahlen und ist auch sonst mit den Behörden nie in irgendwelchen Konflikt geraten. Kästig ist er nur dadurch geworden, daß er — und zu seinem Ruhme sei es gesagt: erfolgreich — für wahre Aufklärung unter der Großalmeroder Bevölkerung sorgte. Wie die Arbeiter in Großalmerode über diese Ausweisung denken, werden sie durch ihren Stimmzettel bekunden.

Das Verbot des Mai-Kunzes ist auch in Leipzig prompt wie alle Jahre eingetroffen. Die Genossen begeben sich in derselben Weise wie früher nach Stötteritz, wo die Tagesfeier stattfindet.

Aus Industrie und Handel.

Der preussische Etat für 1903 übersteigt den vorjährigen wiederum um 17 Millionen Mark und steht mit seinen 2674 Millionen Mark höher, als in allen früheren Jahren. Wie stark nach und nach der Etat gestiegen ist, geht aus folgenden, von der „Voss. Ztg.“ zusammengestellten Ziffern hervor: Im Jahre 1849 belief sich der Etat in der Ausgabe auf 282 Millionen Mark; 1853, also vor 50 Jahren, war er auf 309 Millionen Mark gestiegen, bezifferte sich also auf wenig mehr als ein Hundert der jetzigen Summe. Nach 20 Jahren, im Jahre 1873, hatte er sich mit 630 Millionen Mark schon verdoppelt. Zehn Jahre später, 1883, übersteigt er zum erstenmal eine Milliarde mit 1083 Millionen Mark. Im Jahre 1888 war er auf 1410, im Jahre 1893 auf 1893 Millionen Mark gestiegen. Die zweite Milliarde wurde im Jahre 1897, also nur 14 Jahre hinter der ersten, mit 2046 Millionen Mark überschritten. Dann brachte bis 1901 jedes Jahr eine Steigerung von über 140 Millionen Mark, so daß im letztgenannten Jahre die Einnahme und Ausgabe auf 2649 Millionen Mark angelegt wurde. In den beiden alsdann folgenden Jahren wurde die äußerste Sparlichkeit angewendet, so daß die Steigerung im Jahre 1902 nur 8 Millionen und im Jahre 1903, wie angegeben, 17 Millionen Mark betrug. In den letzten 25 Jahren hat nur einmal eine Herabsetzung des Etats gegenüber dem vorausgehenden Jahre stattgefunden, nämlich 1895, wo der Anseh von 1936 auf 1890 Millionen Mark gesunken ist. Andererseits hatten zehn Jahre eine Steigerung um über 100 Millionen Mark. Am größten war die Steigerung von 1900 zu 1901 mit 177 Millionen Mark.

Zur Arbeiterfrage in den südafrikanischen Minenstrichen. In einem Wochenbericht des „Hamburgischen Korrespondenten“ über den Londoner Minenmarkt heißt es: „Der Hauptfaktor bleibt die Arbeiterfrage, und in maßgebenden Kreisen ist man der Überzeugung, daß ohne Einführung fremder Arbeitskräfte den Bedürfnissen der Industrie nicht genügt werden könne. Die Auslassungen Lord Milners bei Eröffnung der Johannesburger Börse sowie hier vorliegende Privatnachrichten zeigten, daß in Regierungskreisen die Überzeugung durchgedrungen ist, daß die in Afrika zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nicht genügen; die öffentliche Meinung ist momentan stark gegen eine Einführung von Chinesen, so daß es der Regierung nicht leicht gemacht wird, einen entscheidenden diesbezüglichen Schritt zu thun. Man rednet indes mit Bestimmtheit, daß es in kurzem gelingen wird, das Publikum in Südafrika zu überzeugen, daß ohne fremde Arbeitskräfte die Industrie nicht weiter kann, und daß zur gedeihlichen Entwicklung der Verhältnisse ein rascheres Aufschließen der Randindustrie unbedingt nötig ist. Die Chamber of Mines hat momentan ihre Delegierten nach Kap geschickt, um Studien der Verhältnisse des dortigen Arbeitsmarktes, und nach deren Rückkehr dürfte in dieser Beziehung eine günstige Entscheidung fallen.“

Von einer „Arbeiternot“ in den südafrikanischen Minengruben kann heute kaum mehr die Rede sein. Im Randstrich hat sich im März die Zahl der eingeborenen Arbeiter um 3700 vermehrt und ist seitdem durch Anwerbungen in Natal-Land und in den Küstengebieten Westafrikas um weitere 4000 gestiegen, so daß heute im Randstrich über 62 000 schwarze Arbeiter beschäftigt sein dürften. Die Klagen der Minengesellschaften sind weit weniger durch Arbeitermangel veranlaßt, als durch die „übertriebenen Lohnforderungen“, welche nach ihrer Ansicht die eingeborenen Arbeiter an sie stellen. Der Arbeiter kommt ihnen nämlich auf 800 bis 900 M. pro Jahr zu stehen. Deshalb arbeitet man mit allen möglichen Mitteln daran, von der Regierung die Erlaubnis zu Einführung südafrikanischer und indischer Kulis in die Minenstriche zu erhalten. Ein solcher Arbeiterimport würde den Minenverwaltungen nicht nur ein billigeres und gesünderes Ausbuchtungsmaterial liefern, sondern auch die Löhne der schwarzen und weißen Minenarbeiter herabdrücken helfen. Ob die Einführung derartiger Elemente der Kultur und dem Britischleben des durch den Krieg völlig zerrütteten Landes schädlich ist, das ist den Minengesellschaften ganz egal, wenn nur ihre Profite steigen.

Northern Securities Company. Einen Erfolg hat die Gesellschaft in ihrem Vorgehen gegen die Entschädigung des Appellationsgerichtshofes zu Saint Paul bereits zu verzeichnen. Auf ihr Gesuch hob nämlich dieses Gericht sein Erkenntnis gegen die Northern Securities Company insoweit vorläufig auf, als es die Dividendenzahlung der Great Northern und der Northern Pacific Railway Co. auf die im Besitz der Northern Securities Company befindlichen Aktien untersagt.

Wie es heißt, soll das Gesuch von Washington aus unterstützt worden sein.

Mülheimer Bergwerksverein. Der Betriebsgewinn beträgt nach dem Geschäftsbericht mit Einschluß des Gewinnvortrages aus dem vorigen Jahre (765 298 M.) = 2 600 170 M. (in 1901 = 2 498 251 M.). Nach Abzug von 882 914 M. für laufende Abschreibungen (776 543 M. und 21 930 M. Abschreibungen auf Wertpapiere) sowie von 20 000 M. (100 000 M.) als Rücklage für fällige Verbindlichkeiten verbleibt ein Reingewinn von 1 697 256 M. (1 599 777 M.), der folgende Verwendungen finden soll: Rücklage 46 597 M. (61 635 M.), 5 Proz. (wie i. V.) Dividende 750 000 M., Lantien 11 414 M. (22 843 M.), Vortrag 869 243 M.

Verbandstag der Seelente.

In der Sitzung am Montag konstituierte der Vertreter des Ausschusses, Schmalfeidt-Bremerhaven, daß nennenswerte Beschlüsse nicht vorgelegt haben.

Ueber „Agitation und Organisation“ referierte Paul Müller, der eine ganze Reihe praktischer Winke giebt und die zahlreichen vorliegenden Anträge kritisch bespricht. Es folgen die Berichte aus den Mitgliedschaften. Die Mitgliederzahl ist infolge der Krise in vielen Hafenorten zurückgegangen, eine Ausnahme machen Bremerhaven und Flensburg, wo 75 Prozent der einheimischen Seelente dem Verbands angehören. Es wird von einigen Rednern lebhaft Klage geführt über die schlechte Beschaffenheit des Proviantes und der Logisverhältnisse an Bord der Offizierschiffe, speziell der Dampfer des königlichen Kommerzienrats Sartori-Kiel, der seine Seelente der „Billigkeit“ wegen in Danzig, Königsberg und Memel anmußtern läßt, wo die Genera am niedrigsten stehen. Der Bremer Delegierte berichtet, daß alle an die Behörden gerichteten Wünsche und Beschwerden auf Ab-

weisung von Witzhänden unbeachtet geblieben sind, während anderer teils die Staatsanwaltschaft sehr schnell bei der Hand sei, wenn es gilt, gegen „rentierte“ Seelente vorzugehen. Der Delegierte aus Lübeck weist auf die Entwicklung des Schiffahrtswesens in seinem Heimathafen hin, die nicht ohne Rückwirkung auf die Organisation der Seelente bleiben werde. Hoffentlich werde die Mitgliedschaft, die durch die Krise nicht gelitten habe, den gewünschten Ausschluß nehmen.

Hierauf werden die Anträge zur Debatte gestellt, die sich sehr umfangreich gestalten und beim Schluß der Sitzung noch nicht beendet war.

Dienstagvormittags-Sitzung.

Die Berichterstattung und Diskussion über Agitation und Organisation wurde fortgesetzt. Geklagt wurde darüber, daß die Kollegen bei der Berichterstattung über die Zustände im Verste oft einseitig urteilen und nicht die nötige Vorsicht walten lassen. Darin liege eine große Gefahr für die Redaktion des Fachblattes. Die Schreibweise der letzteren wurde von verschiedenen Delegierten als allzu scharf bezeichnet. Das mache keinen guten Eindruck und fördere die Verbandsinteressen nicht. Es sei nicht notwendig, auf das niedere Niveau der Reeder- und sonstigen bürgerlichen Presse hinabzusteigen. Schuld an diesem Fehler des Organs sei die Ueberlastung und übertriebene Inanspruchnahme des Vorsitzenden-Redakteurs. Von anderer Seite wurde eingewendet, daß die Reeder-Presse sich derartig betrage, daß die Zurückweisung gar nicht kräftig genug ausfallen könne. Weiter ward der Meinung Ausdruck verliehen, daß der Einzelne seine persönlichen Gefühle vor der Wohlfahrt der Gesamtheit zurückstellen und nötigenfalls unterdrücken müsse.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Militärschneider. Nach dem Bericht, den Ritter gestern vormittag in der zahlreich besuchten Versammlung der Ausständigen gab, ist der gegenwärtige Stand des Streiks, trotzdem dieser schon sechs Wochen dauert, keineswegs ungünstig, so daß kein Grund vorliegt, mutlos zu werden oder gar den Kampf aufzugeben. Die Mitteilung der „Märkischen Volkszeitung“, wonach die besseren Stellen alle besetzt und genügend Arbeitswillige vorhanden sein sollen, ist vollständig unzutreffend und offenbar nur dazu erfunden, die Streikenden wankelmütig zu machen. Daß die vorliegenden Bestimmungen nicht ausgeführt werden können, besteht unter anderem die Ursache, daß diejenigen Firmen, die bereits beim Beginn des Streiks ihre Kunden um Nachsicht baten, nun wieder in der neuesten Nummer des „Militär-Wochenblatts“ eine derartige Annonce veröffentlicht haben. Die Befürchtung, in Erfurt würde Streikarbeit gemacht, wird durch einen längeren Brief widerlegt, worin der dortige Vertreter der Organisation einige wichtige Mitteilungen über die gegenwärtige Situation machte. Daraus sowie aus einer Reihe anderer Umstände läßt sich schließen, daß in nächster Zeit eine Wendung im Stande des Streiks eintreten muß. Die Streikenden haben bisher, mit anerkannterwehrtter Solidarität im Kampfe angehalten. Die Firma Berger u. Koloni suchte ihre Machineschneider zur Aufnahme der Arbeit unter dem Vorwand zu veranlassen, daß diese Arbeit doch keine Militärarbeit sei. Die Streikenden haben das jedoch mit Recht zurückgewiesen, weil die Marine-Arbeit auch in dem den Unternehmern vorgelegten Tarif enthalten ist. Der Redner ermahnte die Versammelten, wie bisher fest zusammenzuhalten und sich nicht auf Abmachungen mit den einzelnen Unternehmern einzulassen. — Die Diskussion zeigte, daß diese Auffassung unter den Streikenden allgemein ist und von Unzulässigkeit nicht die Rede sein kann. — Die nächste Versammlung wird am Sonnabendvormittag stattfinden.

Der Stand der Lohnbewegung der Stukkateure muß als sehr günstig bezeichnet werden. Von den 91 Firmen, denen die Forderungen zugestellt wurden, haben 41 mit zusammen 250 Arbeitern bewilligt. 487 Arbeiter stehen noch im Streik. Nach der Stimmung zu urteilen, die unter den Streikenden herrscht, ist zu erwarten, daß auch die übrigen Unternehmer binnen kurzem nachgeben.

Die Treibriemen-Sattler sind gestern in eine Lohnbewegung eingetreten. In ihrer Versammlung am Montag wurde beschlossen, bei den Firmen Kemrich, Grund, Räger u. Mallon, Tennert und Schumann am Dienstagvormittag nochmals wegen Bewilligung der gestellten Forderungen vorstellig zu werden und im Fall der Ablehnung sofort die Arbeit niederzulegen. Die Hauptforderung ist Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden. Außerdem wird gefordert: Sonnabends eine Stunde früher Feierabend, 25 Proz. Lohnaufschlag für Überstunden, bei Accordarbeit für einfache Riemen 10 Pf. und für doppelte Riemen 11 Pf. pro Meter und Freigabe des 1. Mai. Bis Montag haben sich sämtliche in Betracht kommende Firmen ablehnend verhalten. Die Firma Schulz, Ludauerstraße, hatte bei der Forderung überreichenden Arbeiter zudem gleich entlassen, weshalb dort sämtliche Kollegen noch am selben Tage die Arbeit niederlegten.

In den Treibriemen-Fabriken von Ernst Schulz, Ludauerstraße 11; Räger u. Mallon, Chausseest. 77; Tennert, Holzmarktstr. 64, haben die dort beschäftigten Kollegen wegen Nichtbewilligung der Forderungen die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist streng ferngehalten!

Bewilligt haben bis jetzt die Firmen H. Frische, D. Melzow, Reiche u. Halberstamm, Kemrich u. Co.

Die Octoberverwaltung Berlin des deutschen Sattler-Verbandes.

Entlassene Sträflinge als Arbeitswillige. Das internationale Fensterreinigungsinstitut Stähr u. Co., Petrisstraße, dessen Arbeiter sich bekanntlich seit vier Wochen im Streik befinden, ist auf ganz eigenartige Mittel verfallen, um Ertrag für die Streikenden zu schaffen. Die Firma wandte sich an den Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene, der ihr denn auch eine große Anzahl von Kräften, circa 50, zur Verfügung stellte. Vom Fensterputzen haben diese Leute natürlich keine blasse Ahnung, davon dürfte die Ständehaft der Firma von ihnen nicht gerade besonders erbauet sein. Da die Firma Stähr über sehr feine Kundenschaft verfügt, wie erwähnt hier nur die Technische Hochschule und das Kultusministerium, so werden sich die Regierungsbeamten nach eigener Erfahrung überzeugen können, was sogenannte Arbeitswillige wert sind. Auch die Verwaltung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche dürfte nicht mehr nötig haben, bei einem Kaiserbesuch die Fensterputzer nach den Stellerräumen zu verweisen, wie dies seiner Zeit mit Stähls ehrlichen Arbeitern geschehen ist. Auch angenehmer dürfte es den entlassenen Sträflingen sein, auch die Fenster des Polizeipräsidiums reinigen zu dürfen. Die bezeichneten Arbeitswilligen scheinen der Firma Stähr doch nicht ganz zu genügen und deswegen erließ sie vorige Woche in einem hiesigen Lokalblatte eine Annonce, durch die sie 15—20 junge Leute im Alter von 16—18 Jahren suchte, die sich dem Fensterputzhandwidmen wollen. Die Firma scheut sich also nicht, unerfahrenen jungen Leute mit aus der Strafanstalt entlassenen Verbrechern zusammen in einem Betriebe arbeiten zu lassen.

Die Töpferträger nahmen am Montag in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu der von sieben Firmen des Berufes versuchten Durchbrechung des gültigen Lohntarifs. Diese Firmen entlassen nämlich nach und nach die organisierten Träger und stellen unorganisierte ein, denen sie dann einen erheblich geringeren, als den mit der Organisation vereinbarten Lohn zahlen. Auf eine Aufforderung des Vorstandes der Bauarbeiter, diesen Zuständen entgegenzuwirken, lehnte die Töpfertrümmung eine Einmischung ihrerseits ab. Nach reger Aussprache wurde beschlossen, die betreffenden Firmen zu sperren. Gleichzeitig ist der Centralverband der Töpfer ernüchert worden, sein Augenmerk darauf zu richten, daß seine Mitglieder sich fernherhin nicht mehr die Paternalien von unorganisierten Volkhändlern zutragen lassen. Reumann als Vertreter des Töpferverbandes erklärte, bei seiner Organisation in diesem Sinne wirken zu wollen.

Die Bauarbeiter der Firma Feld u. Franke haben durch ermüdetes Vorgehen erreicht, daß ihnen auf einem Bau der Mindestlohn von 45 Pf. bewilligt ist, was ihnen bei der Lohnbewegung im Vorjahre trotz mehrfachen Bestrebens nicht gelang. Auch auf den übrigen Bauten dieser Firma wird in nächster Zeit mit Nachdruck auf die Zahlung des Mindestlohnes gedrungen werden.

Verichtigung. In der gestern veröffentlichten Erklärung des Vorstandes des Handels- und Transportarbeiter-Verband hat der Druckfehler aus einer „öffentlich befürworteten Gründung“ eine öffentlich „befürchtete“ gemacht, was wir hierdurch berichtigten.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Iserlohn hat, wie das im Militär- und Polizeistaat üblich ist, die Behörden auf die Beine gebracht. Der Regierungspräsident hat eine Warnung vor Excessen an den Malakülen anhängen lassen, die Gendarmen mit Karabinern und die Schutzleute mit Revolvern bewaffnet versehen den „Sicherheitsdienst“. Durch die Aussperrten ist die Sicherheit natürlich nicht bedroht.

Die Postkettler in Köln, nicht die Plattenleger, wie in Nr. 90 des „Vorwärts“ irrtümlicherweise stand, haben nach eintägiger Dauer ihren Streik beendet.

Haus der Frauenbewegung.

Gründung eines sozialdemokratischen Frauen-Wahlvereins.

Eine von gegen 100 Personen, zumeist Frauen, besuchte Volksversammlung, einberufen von den Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen, tagte am 20. April im großen Saale von Keller, Koppensstraße. Sie sollte darüber entscheiden, ob nicht angeht, die bevorstehenden Reichstagswahlen die zielbewußten Frauen von der Bestimmung des § 21 des Vereinsgesetzes Gebrauch machen sollten, wonach Wahlvereine den Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes nicht unterliegen. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen behandelte in instruktiven Ausführungen die Entstehungsgeschichte des § 8 mit seiner Entschärfung der Frauen und des § 21, gliederte treffend, oft unter großer Heiterkeit, die bekannten Auslegungslinien der Gerichte und Verwaltungsbehörden und vertrat, indem er die Rechtsprechung berücksichtigte, die Auffassung, daß ungewißheit die oben angeführte Vergünstigung des § 21 uneingeschränkt den Wahlvereinen zuzumessen, die eine ganz bestimmte Wahl im Auge hätten. Hiernach sei es klar, daß sich die Frauen jetzt nach der Bekanntgabe des Wahltermins für die bevorstehende Reichstagswahl einen Wahlverein gründen dürften. Redner kennzeichnete dann die allgemeine politische Situation und zeigte, wie die Frauen in der Familie und in der Industrie das Unheil des Kapitalismus und der Interessenswirtschaft der machthabenden Massen zu spüren bekämen, wie sie alles zur Bethätigung im öffentlichen Leben drängte und sie geradezu zwingte, das gleiche Recht mit dem Manne zu fordern. Zur Zeit hätten nun die Frauen die Möglichkeit, auf die Wahlen einzuwirken, zu agitieren und zu zeigen, was sie vom Reichstage, von der Gesellschaft verlangten. Zu diesem Zwecke empfehle er die Gründung eines Wahlvereins auf Grund des § 21 des Vereinsgesetzes. Die Lösung sei: Nieder mit dem Junkertum und dem Kapitalismus! Hoch die Arbeit und der Sozialismus! (Stürmischer Beifall.)

Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Gründung eines Frauen-Wahlvereins für die Reichstagswahlen 1903“ wurde auf Beschluß der Versammlung gleich nach dem Vortrage erledigt. Genossin Waader trat lebhaft für die Gründung ein. Das kleine Recht, das die Frauen nur wenige Wochen hätten, müsse auch ausgenutzt werden. Man müsse es gebrauchen lernen und den geschicktesten Köpferinnen zu der Einsicht verhelfen, daß die Frauen die ihnen vorerhaltenen Rechte beanspruchten. Rednerin empfahl den bereits ausgearbeiteten Statutenentwurf. Danach heißt der Verein „Sozialdemokratischer Wahlverein der Frauen für Berlin und Umgebung“. Sein Zweck ist die Agitation für die Reichstagswahl 1903. Jede erwachsene weibliche Person kann Mitglied werden. Der Vorstand besteht aus drei Personen. Nach Beendigung der Reichstagswahlen löst sich der Verein wieder auf und verwendet etwa noch vorhandenes Vermögen im Interesse der Arbeiterbewegung. Monatlich werden 20 Pf. Beitrag erhoben. — Zu dem Statutenentwurf sprachen unter anderem die Genossinnen F. H. Behl, F. F. F. F., Wengels, Wien. Die Versammlung beschloß die Gründung des Vereins und die Annahme des wiedergegebenen Statutenentwurfs, indem sie einige Abänderungsanträge ablehnte. In den Vorstand wurden die Genossinnen Wengels, Waader und Baugle gewählt. Darauf schritt man zur Debatte über den Vortag und die Vorsitzende Wengels erteilte das Wort der Genossin

Mara Zetlin, deren Erscheinen einen spontanen Beifallssturm hervorrief. Sie legte es den Frauen dringend ans Herz, das gegebene Eintagsrecht zur Bethätigung in einem politischen Verein nun auch auszunutzen. Eine Vernachlässigung dieses Rechtes wäre geradezu gemeingefährlich. Praktische Gründe sprächen für den Massenbeitritt zum neugegründeten Verein. Die Organisation im Wahlverein erlaube, in planmäßiger Weise die ganze Kraft in dem Wahlkampfe einzusetzen, der diesmal ein Massenkampf sei, wie lange nicht. Durch die Arbeit, durch die Praxis werde politische Säulung erzielt. Für die weitmöglichste Ausnutzung dieses winzigen politischen Rechtes spreche auch, daß immer gesagt werde: „Ihr Frauen verlangt ja gar keine politischen Rechte, Ihr seid nicht politisch reif.“ Es gelte, das Gegenteil zu beweisen. Rednerin gab dann in ihrer äußerst temperamentsvollen Weise, die Versammelten zu heller Begeisterung entflammend, ein Bild vom Leben der Frauen im Klassenkampf und von den Kämpfen, die um jedes kleine Recht, jedes Stücklein Sozialreform geführt werden müssen. Sie kam zu dem Schluß, daß, was auch innerhalb der heutigen Gesellschaft sich mildern lasse, doch nur im Sozialismus das wahre Heil zu finden sei. Im Kampfe darum würden die Frauen nicht die letzten sein. (Stürmischer anhaltender Beifall.) — Zwei nationale Helden, die Herren Schowalter und Weichenborn, machten sich dann, oft heftig von dem Unwillen der Versammelten unterbrochen, an eine Verteidigung des von Referenten berührten Volksworters. Einen loslosgelassenen Feindesleiter hatte der „nationale Arbeiter“ Weichenborn mit der geistreichen funkelnagelneuen Probe, die deutsche Frau gehöre nicht in das politische Leben, sondern in die Familie. Als er den Genossen Singer und Arons ihre angeblichen Willküren vorwarf, zwangen ihn hürmische Unterbrechungen und die anbauende Narbe der Versammlung zum Abtreten. — Genossin Zetlin ließ den beiden Herren eine glänzende Abfertigung zu teil werden, worauf die Versammlung nach Annahme eines Schlußantrages mit einem dreimaligen donnernden Hoch auf den neuen Wahlverein auseinander ging.

Eine große Anzahl Frauen traten dem Verein während und nach der Versammlung bei.

Die Versammlung eines Frauen-Wahlvereins verboten
hat der Amtsvorsteher von Tempelhof. Die Genossin Thiel in Tempelhof hatte ihm vorher schon pflichtgemäß die Statuten des neugegründeten Wahlvereins der Frauen des Reiches Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg eingereicht; aber vergebens wartete sie auf die nach § 2 Absatz 2 des preussischen Vereinsgesetzes darüber sofort auszufällende Genehmigung. Auf eine persönliche Vorstellung dieserhalb wurde ihr der Bescheid, daß der Herr Amtsvorsteher durch die Vorbereitungen zu einer patriotischen Festlichkeit beract in Anspruch genommen sei, daß es ihm unmöglich wäre, die Genehmigung zu erteilen.

Mittlerweise meldete nun die Genossin Thiel für Donnerstag, den 23. d. Mts., eine Versammlung des neugegründeten Wahlvereins an und siehe da, der Herr Amtsvorsteher, der bisher keine Zeit zur Erteilung einer einfachen Empfangsbekundigung hatte, fand unpöblich die Mühe, unsrer Genossin folgendes Versammlungsverbot zuzumessen zu lassen:

Tempelhof 5. Berlin, den 20. April 1903.
Die von Ihnen angemeldete Vereinsversammlung des Wahlvereins der Frauen des Reiches Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg am 23. d. Mts. im Lokal des Schankwirts Adel Hierfelshof, Germaniastr. 20, wird hiermit verboten.

Der Amtsvorsteher.

Sie vermissen in dem Verbot die Angabe derjenigen Gesetzesbestimmung, auf Grund deren das Verbot erfolgte. Vermutlich ist beim Suchen nach derselben dem Herrn Amtsvorsteher sein Zeitmangel wieder zum Bewußtsein gekommen. Wir können das begreifen; denn man kann das Vereinsgesetz von vorn bis hinten und wieder zurück durchblättern und findet dort keinen gesetzlichen Grund für das Verbot.

Die Genossin Thiel wird gegen das Verfahren des Herrn Amtsvorsteher die nötigen gesetzlichen Schritte ergreifen. Mag sein, daß der oberer meint, der Instanzengang werde bis zur Beendigung der Reichstagswahl kaum erwünscht und so praktisch gegen ein derartiges, dem Gesetz zuwiderlaufendes Vorgehen nichts zu erreichen sein. Allen, die einen solchen Ausgang der Sache fürchten, namentlich aber denen, die ihn hoffen, sei deshalb im Vertrauen mitgeteilt, daß die Frauen-Wahlvereine in Preußen keine „vorübergehende Erscheinung“ sein werden. Bei jeder Neuwahl, bei den Landtagswahlen, ja, den Gemeindevahlen werden sie wieder auftauchen, so daß der Herr Amtsvorsteher von Tempelhof auch für jede etwa noch nach Beendigung der Reichstagswahl erfolgende Rechtsbeschwerde über das Vereinsgesetz später wieder Verwendung haben wird.

Sociales.

Die Notwendigkeit von Arbeiterkontrollen hat wieder einmal ein Baumfall in Stuttgart erwiesen. Am Lazarett-Neubau zu Tübingen bei Stuttgart befand sich ein Gerüst, das so mangelhaft war, daß die von den Arbeitern gebildete Bauarbeiter-Arbeitskommission wiederholt vor dem Betreten desselben warnte. Mehr konnte diese Kommission ihres privaten Charakters wegen leider nicht thun. Sie konnte weder das Betreten des Gerüsts verbieten, noch den Unternehmer zu Verbesserungen desselben zwingen. So trat denn das Unvermeidliche ein: Das Gerüst brach zusammen und rief vier Arbeiter mit in die Tiefe! Einer war auf der Stelle tot, zwei andre wurden schwer, der vierte schwer verletzt. — Krasser kann wohl die Notwendigkeit von beamteten Arbeiterkontrollen durch die rauhe Wirklichkeit nicht erwiesen werden.

Gerichts-Zeitung.

Ein kleiner Eheroman.

der eine interessante Illustration zu dem Worte, daß die Ehen im Himmel geschlossen werden, bildet, beschäftigte gestern längere Zeit die neunte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller. Fräulein Elsa D., der Tochter angesehener Eltern, war etwas Persönliches passiert: sie hatte einem Kinde das Leben gegeben, welches ihren eignen Namen tragen mußte, weil ein Vater nicht in die Erscheinung trat. Das Mißgeschick hatte zur Folge, daß sie sich mit ihrer Familie überwarf und sie mußte sich damit trösten, daß sie von einem ihr gewogenen Herrn, der die Vaterpflicht nicht übernahm, doch eine Beihilfe von 30 000 Mark erhielt. Als das im Jahre 1897 geborene Kind, ein allersüßestes Mädchen, welches in seiner Rettigkeit dazu beigetragen hat, daß eine Ausöhnung zwischen der Mutter und der Familie schon längst wieder erfolgt ist, 4 Jahre alt war, dachte die Mutter daran, daß es doch schöner wäre, wenn das Kind einen Vater erhielte und sie sah sich eifrig nach einem solchen um. Einer Heiratsvermittlerin gelang es, einen Mann in der Person eines Mannes zu finden, der zwar in seiner Bildung und seinen persönlichen Eigenschaften hinter der Persönlichkeit der heiratungslustigen Dame zurückstand, aber doch geneigt war, eine Ehe mit dieser einzugehen. Wahrgenommen wurde dabei wohl nicht nur der Umstand, daß letztere eine imposante Erscheinung ist, sondern auch die Tatsache, daß sie geneigt war, ihm 10 000 M. als Hypothek auf eine von ihm zu erwerbende Partelle zu geben. Genug: die Verlobung der beiden wurde bald gefeiert und die Hochzeit folgte sehr schnell darauf. Vor derselben waren jedoch die beiden Verlobten auf das Bureau eines Justizrats gegangen und dort wurde ein notarieller Akt aufgenommen, in welchem der Verlobte beswore, der Vater des außer der Ehe geborenen Kindes zu sein. Die Wichtigkeit bestätigte die Braut durch ihre Unterschrift. Der Notar hatte das Mädchen darauf aufmerksam gemacht, daß eine Legitimitäts-Erklärung eines derartigen notariellen Aktes nicht bedürfe, sondern eine Kundgebung vor dem Standesbeamten genüge, die beiden bestanden jedoch auf einem notariellen Akt. Als die Trauung stattgefunden hatte, sandte der junge Ehemann das notarielle Dokument mit einem Aufschreiben an den Standesbeamten und dieser machte nun einen entsprechenden Vermerk im Standesamts-Register, wodurch die Legitimität des Kindes hergestellt wurde. Es könnte nun beinahe so scheinen, als ob von einer Seite der Zweck der Eheschließung hiermit als erfüllt angesehen worden sei, denn nach sechs Wochen ging die Ehe wieder auseinander und ist inzwischen gerichtlich getrennt worden. Wie die ehegeschiedene Frau vor Gericht triumphierend behauptete, ist der Ehemann für den allein schuldigen Teil erklärt worden. Im Ehescheidungs-Prozess ist dann durch irgend eine Inkonsequenz der Akten des Gerichts gekommen, daß der Angeklagte in Wahrheit nicht der Vater des Kindes sei und es wurde, nachdem die Ehefrau dies bestätigt hatte, gegen ihn die Anklage wegen intellektueller Urkundenfälschung und vorsätzlicher Veränderung des Personenstandes erhoben. Der Angeklagte verweigerte es erst mit einer Kollage, indem er eine romantische Geschichte von einem Nendeborns erzählte, welches er im Jahre 1896 an einem düsteren Abend am Strande von Ahlbeck mit einer unbekanntem Schönen gehabt haben will, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, daß er wirklich der Vater des Kindes sei. Der Versuch, sich auf diese Weise herauszuretten, mißlang aber völlig, denn die Mutter des Kindes mußte zugeden, daß sie 1896 überhaupt nicht in Ahlbeck gewesen. Der Angeklagte ließ denn auch von diesem Märchen ab und verteidigte sich damit, daß bei der ganzen Sache der weibliche Teil die größte Energie entwickelt und er nur eine passive Rolle gespielt habe. Er ließ auch durchstimmen, daß die Uebervorteilung der Waterschaft wohl der einzige Zweck der Uebung gewesen sei, denn schon im Brautvertrage habe seine Ehefrau pöblich ein sehr abstoßendes Wesen gezeigt und dieses habe sich zu unentzähliger Behandlung in der Ehe gesteigert. Die Frau widersprach dieser Darstellung entschieden und behauptete, daß es dem Angeklagten nur auf ihr Geld angekommen gewesen sei, daß er selbst, um sich nicht vor seinen Freunden zu genieren, auf die Idee der notariellen Erklärung gekommen sei und sie durch sein unethisches Betragen aus dem Hause getrieben habe. Uebrigens hätten sie beide nicht geküßt, daß das Vorgehen des Angeklagten strafbar sei. — Staatsanwalt Bötzger beantragte 14 Tage Gefängnis, während Justizrat Dr. Friedmann eine Reihe rechtlicher Bedenken geltend machte, die sich auf den Wortlaut des § 1720 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches und Art. 70 des Ausführungsgesetzes stützten. — Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Ein Kapitel aus der chronische scandaleuse beschäftigte gestern wieder einmal die zweite Strafkammer des Landgerichts I unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Angeklagte, uneheliche Marie Fredow, unterhielt am Schiffbauerdamm 34 ein elegant ausgestattetes Quartier, in welchem fortgesetzt Herren der Lebenswelt verkehrten. Junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren traten dort mit den jungen Männern in Verbindung. Einige von ihnen, die schon auf einer tiefen sittlichen Stufe standen, haben auch zwei junge Mädchen, von denen das eine eben erst 14 Jahre, das andre 13 Jahre alt war, überredet, an dem lüthischen Treiben, welches sich in der Wohnung der Angeklagten tagtäglich entwickelte, teilzunehmen. Als

Kriminalkommissar Fischer Ende Februar das Nest ausdoh, wurde der Verkehr der minoramen Mädchen in dieser Höhle des Lasters festgestellt und die Angeklagte in Haft genommen. Sie wurde gestern wegen Kuppelei und Beihilfe zum Sittlichkeitsverbrechen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Versammlungen.

Die Filiale des Centralverbandes der Stultateure hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Nach Verlesung der Abrechnung für das erste Quartal wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Sodann hielt Rösner einen Vortrag über das Thema: „Aus unsrer Gewerbegerichts-Praxis“, wobei er zum Schluß auf die Thatfache einging, daß vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts eine kleine Gruppe von Stultateuren, die sogenannte freie Vereinigung, am 14. April einen Tarif mit den Arbeitgebervereinen vereinbarte, der dann für das ganze Stultateurergewerbe Geltung haben sollte. Daß es sich hier um eine Ueberrumpelung der im Centralverband organisierten großen Masse der Berliner Stultateure handelt, beweist unter anderem der Umstand, daß der Abschluß des neuen Tarifs erfolgte, ehe der alte Tarif, der bis zum 1. Mai vereinbart war, sein Ende erreicht hatte. Wie Krebs mitteilt, hat der Vorstand der Filiale des Centralverbandes an das Berliner Gewerbegericht unter ausführlicher Darlegung des Sachverhalts die Anfrage gerichtet, ob das Gewerbegericht jene kleine Gruppe, 40—50 Mann, für berechtigt halte, einen Tarif für die Gesamtheit der Stultateure Berlins abzuschließen, und wie das Gewerbegericht überhaupt in solchen Fällen seiner sozialen Aufgabe gerecht werden wolle, wenn einzelne kleine Gruppen in einzelnen Gewerben Tarife vereinbarten, die dann für das ganze Gewerbe gelten sollten. Des weiteren verlas der Redner ein von der freien Vereinigung herausgegebenes Flugblatt, worin für den neuen Tarif Propaganda gemacht wird. Die vielen Entstellungen und Unwahrheiten, die darin enthalten sind, riefen bei den Anwesenden teils Heiterkeit, teils Entrüstung hervor. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige zahlreich besuchte Generalversammlung der Filiale des Centralverbandes der Stultateure Deutschlands erklärt, daß unser Tarif vom 14. April 1903 für unsre Mitglieder ohne irgend welche Änderungen bis zum 1. Mai 1903 rechtsverbindlich sein soll. Selbstverständlich sind wir auch dann nach Ablauf dieser zwei Jahre bereit, so wie wir es diesmal waren, rechtzeitig in Verhandlungen zu treten, um eventuell beiderseitigen Wünschen Rechnung tragende Änderungen vorzunehmen.“

Krebs ging dann weiter auf mehrere Positionen des neuen Tarifs der freien Vereinigung ein und wies durch Vergleich mit dem alten Tarif nach, daß darin wesentliche Verschlechterungen enthalten sind und daß die einzelnen Positionen, wo Verbesserungen aufgeführt sind, diese kaum in Betracht kommen oder nur scheinbar vorhanden sind.

Veranstalten (Ober-Barnim). Nach fünf Jahren fand hier die erste öffentliche Versammlung statt und was ganz besonders zu beachten ist, das erstmalig in dem den Genossen jetzt zur Verfügung stehenden Wittenbergischen Lokal, während die sonstigen Versammlungen immer unter freiem Himmel abgehalten werden mußten. Trotz vieler Verhinde der Obrigkeit, den Besitzer des Saales zu veranlassen, sein Lokal den Sozialdemokraten nicht zu geben, blieb der Besitzer standhaft. Wider Erwarten waren trotz des fürchterlichen Schneesturmes am vergangenen Sonntag doch etwa 150 Personen aus der Stadt und der Umgegend erschienen, um den zündenden Worten des sozialdemokratischen Kandidaten des Ober-Barnimer Kreises, Wram, zu lauschen, der in zweifelhafte Rede die Machenschaften des jetzigen konservativen Vertreters und überhaupt die konservative Partei ins rechte Licht stellte. Braufender Beifall lohnte seine Ausführungen. Eine Resolution, welche betagte, nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, fand einstimmige Annahme. Gegner hatten sich nicht zum Wort gemeldet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verkehrsnachrichten.

Berlin, 21. April. (B. Z. V.) Die königliche Eisenbahn-Direktion Berlin teilt mit: 1. Die Strecke Neu-Brandenburg-Friedland 1. M. ist gesperrt. 2. Im Bezirk Posen ist jetzt auch der Personenverkehr wieder aufgenommen worden, ausgenommen auf der Strecke Schreiberhau-Grünthal. 3. Im Bezirk Stettin verkehren wiederzüge von Stettin nach Berlin auf der Linie Stettin-Angermünde. 4. Auf den Strecken Answalde-Gallies-Jallenburg und Gallies-Bullow (Bezirk Bromberg) ist der Personen- und Güterverkehr infolge Schneeverwehung ebenfalls unterbrochen.

Berlin, 21. April. (B. Z. V.) Amtliche Meldung. Die telegraphischen Verbindungen nach Rußland sind soweit wieder hergestellt, daß die Telegramme nur noch mäßige Verzögerung erleiden. Die direkte Verbindung mit Schweden fehlt noch, die Telegramme werden ohne wesentliche Verzögerung über Dänemark geleitet. Die inländischen Leitungen sind zum Teil wieder hergestellt.

Rettung Schiffbrüchiger.

Bremen, 21. April. (B. Z. V.) Die Rettungsstation Thieslow-West der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 21. April von einem Krabbliner Fischerboot 4 Personen durch das Rettungsboot „Theodor Langer“ der Station gerettet. — Die Rettungsstation Lurhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 21. April von dem auf Schornhörsriff gestrandeten, mit Holz von Kristiania nach Harlingen bestimmten norwegischen Schoner „Frya“, Kapitän Nielsen, sechs Personen durch das Rettungsboot des zweiten Eblenbüschiffes gerettet.

Witigin, 21. April. (B. Z. V.) Das berühmte, von den Jesuiten im 17. Jahrhundert erbaute Schloß Wilkops steht seit gestern in Flammen. Alle Bemühungen, den Brand zu löschen, sind bisher vergeblich geblieben.

Strasburg i. El., 21. April. (B. Z. V.) Im Landesausschuß wurde heute der Antrag für die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der hiesigen Universität beraten. Unterstaatssekretär v. Schraut begründete den Entwurf, welcher eine Forderung von 44 075 Mark an fortdauernden und 22 000 M. an einmaligen Ausgaben für die Fakultät sowie eine Neuregelung der Verhältnisse des evangelischen St. Thomas-Stiftes enthält. Der Redner betonte, daß die Wünsche, das Reich möge die Kosten für die Fakultät übernehmen, ausichtslos seien, weil das Reich 400 000 M. und das Land nur 700 000 Mark für die Universität übernommen haben und überhaupt kein Land so wenig zu einer Landesuniversität beitrage. In der Debatte wurde eine principielle Gegnerpartei aus dem Hause nicht erhoben, nachdem die Errichtung der Fakultät vom päpstlichen Stuhl einmal genehmigt worden ist, nur finanzielle und kirchenrechtliche Bedenken wurden dagegen geltend gemacht. Staatssekretär Müller ergriff wiederholt das Wort und erklärte u. a., daß die Vorlage mit germanisierenden Tendenzen an sich nichts zu thun habe; die Germanisation des Landes sei in den letzten Jahren so vorgeschritten, daß man im großen und ganzen Maß-Lothringen als ein deutsches Land betrachten könne.

Wien, 21. April. (B. Z. V.) Auf dem Wege von hier nach Etzerzonta sind zwei Arbeiter erfroren aufgefunden worden. Mehrere andre Arbeiter werden noch vermisst.

Fünf Soldaten zum Tode verurteilt.

Pretoria, 21. April. (B. Z. V.) Fünf Soldaten, welche der Ermordung eines Kameraden bei dem jüngsten militärischen Aufstande angeklagt waren, wurden heute vom höchsten Gerichtshof zum Tode verurteilt; fünf andre wurden freigesprochen.

Reichstag.

202. Sitzung. Dienstag, den 21. April 1903 nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski, Kraetke. Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung und heißt die Kollegen nach der Osterpause auf das herzlichste willkommen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste, eventuell zweite Beratung des Entwurfs betreffend eine Ergänzung des § 51 des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. Mai 1873.

Der Entwurf wird debattelos in erster und zweiter Beratung erledigt.

Es folgt die Beratung des Entwurfs einer Bekanntmachung betreffend Abänderung des Wahlreglements vom 28. Mai 1870.

Abg. Gröber (C., zur Geschäftsordnung): Das Wahlreglement bildet nach der Verfassung ein einheitliches Ganzes, das nur mit Zustimmung des Reichstages geändert werden kann.

Staatssekretär Graf Posadowski: Der Bundesrat erteilt die Genehmigung, weil er die Auffassung des Vorredners teilt.

Abg. Gump (Sp., zur Geschäftsordnung): Ich möchte Herrn Gröber bitten, seinen Antrag vorläufig zurückzustellen, bis eine Beratung stattgefunden hat.

Der Antrag Gröber wird gegen die Stimmen der Reichspartei angenommen. Das Haus tritt in die einmalige Beratung des Entwurfs ein.

Abg. Gröber (C.):

Ich bedaure, daß die Vorlage sich nicht mehr an die Beschlässe des Hauses anschließt, als es der Fall ist; wir hätten dann sicher noch einen besseren Schutz des Wahlgeheimnisses erreicht.

Abg. Homburg (L.):

Gegen eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses haben wir nichts, dieser Zweck wird aber nach unserer Meinung durch

die Vorlage nicht erreicht. Sie ist undurchführbar oder doch sehr schwer durchführbar. Der Wähler soll den Zettel „unbeobachtet“ in die Urne legen.

Abg. Wassermann (naff.):

Meine Freunde stimmen der Vorlage zu. Im Interesse einer schnelleren Erledigung des Gesetzes sehen wir auch von Abänderungsanträgen oder einer Kommissionsberatung ab.

Abg. Bloß (Soz.):

Wenn meine Freunde darauf verzichten, Abänderungsanträge zu der Vorlage zu stellen, so thun wir das, um das Ganze nicht zu gefährden. Später wird sich jedenfalls die Entschließungsfähigkeit der Vorlage erweisen.

Abg. Gump (Sp.):

Die Stellung meiner politischen Freunde zu der Sache ist bekannt; ich brauche nicht weiter darauf einzugehen. Unangenehm berührt hat uns die Pflöckigkeit des Vorgehens der Regierung.

Abg. Gröber (C.):

Ich bedaure, daß die Vorlage sich nicht mehr an die Beschlässe des Hauses anschließt, als es der Fall ist; wir hätten dann sicher noch einen besseren Schutz des Wahlgeheimnisses erreicht.

Abg. Homburg (L.):

Gegen eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses haben wir nichts, dieser Zweck wird aber nach unserer Meinung durch

haben. Es hat aber keinen Zweck, sich weiter damit zu beschäftigen. Am besten schenkt man die Bestimmung, wonach der Wahlvorstand einen Couvertträger aufstellen soll.

Abg. Richter (Sp.):

Wenn die bisherige Gefährdung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses der konservativen Partei zu gute gekommen ist (Ruf rechts: Gar nicht!), dann bedeutet die Sicherung des Wahlgeheimnisses eine Frontstellung gegen die Konservativen.

Abg. Richter (Sp.):

Wenn die bisherige Gefährdung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses der konservativen Partei zu gute gekommen ist (Ruf rechts: Gar nicht!), dann bedeutet die Sicherung des Wahlgeheimnisses eine Frontstellung gegen die Konservativen.

Abg. Richter (Sp.):

Wenn die bisherige Gefährdung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses der konservativen Partei zu gute gekommen ist (Ruf rechts: Gar nicht!), dann bedeutet die Sicherung des Wahlgeheimnisses eine Frontstellung gegen die Konservativen.

Abg. Richter (Sp.):

Wenn die bisherige Gefährdung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses der konservativen Partei zu gute gekommen ist (Ruf rechts: Gar nicht!), dann bedeutet die Sicherung des Wahlgeheimnisses eine Frontstellung gegen die Konservativen.

Abg. Richter (Sp.):

Wenn die bisherige Gefährdung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses der konservativen Partei zu gute gekommen ist (Ruf rechts: Gar nicht!), dann bedeutet die Sicherung des Wahlgeheimnisses eine Frontstellung gegen die Konservativen.

Bismarck der Monarchist.

Als prenhischer Monarchist wird Bismarck in den Legenden-Büchern der modernen patriotischen Geschichtsfabrikanten dargestellt, ein treuer Diener seines Herrn, ein überzeugter Monarchist.

Dieser Tage sind im Cottbuscher Verlage die vertrauten Briefe Bismarcks an seine Frau aus dem Kriege 1870/71 veröffentlicht worden, durch die sich recht derbe Beschwerden und Klagen über die Rücksichtslosigkeit hindurchziehen.

Dieser Tage sind im Cottbuscher Verlage die vertrauten Briefe Bismarcks an seine Frau aus dem Kriege 1870/71 veröffentlicht worden, durch die sich recht derbe Beschwerden und Klagen über die Rücksichtslosigkeit hindurchziehen.

Der Naturalismus der Bismarckschen Briefe — ein Naturalismus, der allerdings ein wenig dem Gefühl der Adressatin mißredend angepaßt ist — läßt nichts von solcher heroischen Marmorpracht und Werner-Malerei bestehen.

Bismarck zieht schon mit dem antimonarchischen Jörn im Herzen auf den Kriegsschauplatz. Am 8. August 1870 schreibt er aus Domburg:

„Es ist wahrhaft empörend, wie die fürstlichen Zuschauer jeden Plan wegnehmen, und Honn und mich nötigen, unsere Arbeitskräfte zurückzulassen, damit diese zuschauenden königlichen Hofseiten mit ihren Dienern, Pferden und Adjutanten Platz finden!“

Am 14. August raisonniert er aus Gench:

„Stei n m e y macht sich durch Widerspenstigkeit unbehaglich, sogar gefährlich; es ist nicht am Absagen, nur der König widersteht, alle Generale verlangen es, der Kronprinz läßt und ohne alle Bedenken.“

Die 3. Infanterie, 13. und 16. Infanterie und meine armen gelben Kavallerie-Regimenter haben bei den unruhigen und unmöglichen Kavallerie-Regimenten, die Voigt-Regiment besohlen, ein Drittel ihrer Leute und alle mehr als die Hälfte der Offiziere verloren.

Über Napoleon's Pläne urteilt Bismarck am 24. August: „Ich halte nicht für unmöglich, daß er (Napoleon) sich mit dem Gedanken vertraut macht, seine Armee mehr gegen die Pariser als gegen uns zu bestimmen, mit uns Frieden zu machen“

und den Rest von Frankreich, gestützt auf die Armee, weiter zu tyrannisieren.“

Am 6. September schreibt er aus Reims:

„In Paris Republik, wenigstens provisorische Regierung von Republikanern. Mir Wärscht. Wir kommen doch hin.“

Am 12. September:

Der angekaute Intendant hat sich über mich ergossen... vor allem aber die Verwaltungsorganisation macht mir viel Schwierigkeiten, wegen der ungläublichen Pöbelheit und Ressort-Eifersucht der Militärs, namentlich im Generalkommando, dem Post- und Pflanzwesen.

Historisch interessant ist eine Bismarcksche Randbemerkung auf diesem Brief auf eine Anfrage der Frau Bismarcks, die um Auskunft gebeten hatte: „Weißt du, daß 1. Friedensbedingung: ewiges Verbleiben von 2. Napoleon auf Franzosen-Thron?“

Am 18. September schnappt er charakteristisch über „die Friedens-, nicht Tauben-, sondern „Aasströhen“, die nach ihm „zu stinken beginnen.“

Am 23. September an Herbert Bismarck:

„In übrigen ist ein gut behandelter Napoleon u ä h i c h, und darauf allein kommt es an, die Sache ist Gottes. Die Franzosen müssen ungewiß bleiben, ob sie ihn wieder bekommen, das fördert ihre Zwistigkeiten.“

1. Oktober:

Gestern feierten wir Ihrer Majestät Geburtstag mit Gratulation um 1/10 früh, dann gepungtes Diner mit allen Prinzen und Orden, dergleichen ist angreifend, weil ich mit den Herren besonnen und höflich reden muß.“

22. Oktober schreibt er in „mittelmäßigem Jörn“:

„Dein Brief, Vermissten, König, Papiere, Telegramme und Depeschen lesen und schreiben, und die Herren vom Militär machen mir meine Geschäfte erschrecklich schwer! Sie reißen sie an sich, verderben sie und mich trifft die Verantwortung.“

Das Weitere, was er ursprünglich geschrieben, vernichtet er wieder: es könnte in Feindes Hand fallen und „zu öffentlichen Auslagen“ werden.

Aus Versailles sendet er am 28. 29. Oktober Ausdrücke seiner Entrüstung über die Beschuldigung: „als hemmte ich das Spiel unruher Geschäfte gegen Paris und trüge damit die Schuld an der Verlängerung des Krieges.“

Es schwärmt über der Sache irgend eine Intrigue, ausgehoben von Weibern, Erzbischofen und Gelehrten, bekannte hohe Einflüsse sollen mitspielen, damit das Lob des Auslandes und die Hofschmeichelei keine Einbuße erleiden.

12. November:

„Meine Intendanten... wunderlicher Tag und Nacht und intriguieren nach Frankfurter Art. Wenn nicht ein deutsches Unwetter dazwischen fährt, so wird mit diesen Diplomaten und Bureaukraten der alten Schule nichts zu Stande kommen... Der

Soldat hat viel für mich nötig, die Fürsten wohl keine Rosen ohne Dornen, aber leider viel Zeit, die mir meine kostet.“

16. November:

... es spulen so viele fürstliche Phantasiegebilde über Deutschland im Hauptquartier umher, daß ich mich von Sr. M. nicht trennen kann... ich sehe fast niemand als unsere Räte und Stabsbedienten, den König beim Vortrag und konferierende Minister; ich erinnere mich kaum eines an Zerstreung so armen Daseins, gewirrt höchstens durch Besuche hoher Herren, deren politische Hirnorgane ich bekämpfe... Die deutschen Sachen bringen die meiste Arbeit. Von letzterer nimmt Delbrück die größere Last auf sich, aber die Fürsten kann er mir nicht abnehmen und die Europäer auch nicht.“

Am 22. November:

„Noon ist krank aus Kerger über die Intriguen gegen das Bombardement der Pariser Forts... Ob der König es weiß und duldet oder getäuscht wird, darüber ist Streit; ich glaube letzteres gern. Das Komplotz, wenn es existiert, liegt bis im Generalkommando... ihm ist der Erfolg Kaiserwahlung in die Krone gefahren... mit Wolks Namen deden sich andre; er selbst ist alt geworden und läßt gehen was geht. Die Regimenter reisen uns durch, nicht die Generale.“

Am 7. Dezember klagt Bismarck, daß auch Wolke „gegen den Angriff und für alle Waffenstillstände“ sei, und er fährt bitter fort:

„Wenn man zu lange Minister ist und dabei nach Gottes Führung Erfolge hat, so fühlt man deutlich, wie der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; man gewinnt keine neuen Freunde, die alten sterben oder treten in verstimmtter Weisheit zurück, und die Räte von oben wächst, wie das die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt; alle Zuneigungen aber bedürfen der Gegenseitigkeit, wenn sie dauern sollen.“

„Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer“, ruft er zum Schluß aus.

12. Dezember:

„Mich plagen die Fürsten mit ihrer Geschäftigkeit und auch mein allergnädigster mit all den kleinen Schwierigkeiten, die sich für ihn in der sehr einfachen Kaiserkrone an fürstliche Securitate und hinterlistigen Knippen...“

24. Dezember:

Der Ruhm der Führung liegt in dem bewundernswerten Heldentum der Truppe; nur etwas weniger davon und keiner der Führer würde vor der Kritik heute bestehen!“

Über die glorreiche Reichsgründung schreibt er endlich am 21. Januar:

„Ich habe Dir sardonisch lange nicht geschrieben, vergeiß, aber diese Kaisergeburt war eine schwere, und Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gellüste, wie Frauen bevor sie der Welt hergeben was sie doch nicht behalten können. Ich hatte als Accouchent mehrmals das dringende Bedürfnis eine Bombe zu sein und zu plofen daß der ganze Bau in Trümmer gegangen wäre. Könige Geschäfte greifen mich wenig an, aber die unnötigen verbittern... Scheinlich sucht mir die Unannehmlichkeit mit Kaiser und Kön. G. aufzubürden; sie hängt ganz vom Könige und dem Hausminister ab, und mit der Zeit wird es sich machen, bisher ist der schwächerliche Widerstand sehr lästig.“

Hieren. Man muß erwarten, daß der Wahlvorsteher eine vertrauenswürdigste Person damit betraut. So launisch kann keine Geschickung sein, um allen etwa möglichen Unredlichkeiten vorzubeugen. Was die Wahlbezirke anlangt, so wird in manchen Gegenden des Ostens und in Gebirgsprovinzen nichts übrig bleiben, als sehr kleine Wahlbezirke zu bilden. Im übrigen muß die Bestimmung darüber dem vernünftigen Ermessen der Behörden anheimgegeben werden. Gegen die Absicht der Wählerlisten wird nichts einzuwenden sein, wenn die Kosten vorher gesichert sind. An kleinen Orten wird es vielfach an Kandidaten fehlen, die solche Abschriften besorgen. Daß die Gemeindeführer sie nicht aus der Hand geben, ist selbstverständlich. Auf die Feststellung des Stichwahl-Termins hat der Reichsanwalt keinen Einfluß, das ist Sache des Wahlkommissars. — Son einer „Verschärfung“ des Wahlgeheimnisses kann keine Rede sein, entweder es besteht ein Wahlgeheimnis oder nicht. (Sehr richtig! links.) Wer auf dem Standpunkt steht, daß es eine männliche That ist, öffentlich abzustimmen, der wird eine männliche That begehen, wenn er hier beauftragt, die Worte „geheime Abstimmung“ im Wahlgeheimnis zu streichen. So lange man das nicht thut, darf man nicht eine Regierung angreifen, die lediglich den Buchstaben des Gesetzes zu erfüllen sucht. (Sehr richtig! links.)

Hg. Dr. Pashide (fr. Pg.):

Ich brauche nicht besonders hervorzuheben, daß meine Freunde die Vorlage besonders beifürworten. Es ist ja unser Antrag, um den es sich hier handelt. Allerdings bedauern wir, daß die Vorlage in mehreren Punkten nicht so weit geht, wie der Antrag selbst. Wir bedauern uns aber hier in einer Zwangslage. Unklar ist z. B. die Bestimmung, was unter „Wahlurne“ zu verstehen ist. Am besten wäre es, wenn eine amtliche Wahlurne geliefert würde, wie es in anderen Staaten der Fall ist. Der Rest ist ja die Vorlage sehr unangenehm; die ganze Rede des Abgeordneten Hinzburg klang wie eine Anweisung an böswillige Wahlvorsteher, dem Gesetze ein Schnippen zu schlagen. Die „Konservative Korrespondenz“ erdreiste sich sogar, von einer „Kosmetikbegeisterter Mehrheit“ des Reichstages zu sprechen. Auch das soeben angegebene Wahlbüchlein der konservativen Partei nennt die neuen Bestimmungen einen unangenehmen und lächerlichen Zwang für freie Männer, die ihre politische Meinung frei zu bekennen gewohnt seien. Dabei gehört die Wahlbeeinflussung zu den integrierendsten Bestandteilen der konservativen Politik! Die „Kreuz-Ztg.“ gestand sogar, niemals hätten Konservative das geltende geheime Wahlrecht als unantastbar bezeichnet; nur zur Zeit wollten sie nicht daran rütteln. (Hört! hört! links.) Nur mit Hilfe der Wahlbeeinflussungen behauptet die konservative Partei noch ihre Vorherrschaft, die angesichts der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands aber nicht mehr lange aufrecht erhalten werden kann. (Bravo! links.)

Hg. Hausmann-Pöhlings (südd. Sp.): Die Vorlage bedeutet einen Erfolg der politischen Moral. Die Einwendungen der Herren von der Rechten waren ganz unbedeutend. Ich selbst habe als Wahlvorsteher und Beisitzer bei den württembergischen Landtagswahlen beobachtet können, daß das in der Vorlage festgesetzte Verfahren sich durchaus einwandfrei vollzieht. Nach der Einführung dieses Ver-

fahrens bei den württembergischen Landtagswahlen ist wegen deselben auch nicht eine einzige öffentliche Beschwerde erhoben worden, ebenso wenig hat dies Verfahren auch nur in einem einzigen Wahlprotest eine Rolle gespielt. (Hört, hört! links.) Die Konservativen hoffen das allgemeine Stimmrecht, und ihre Opposition gegen diese Vorlage ist nur ein Symptom dieses Hasses. Im Augenblick haben Sie (nach rechts) nur noch nicht den Mut, eine Aufhebung oder wesentliche Einschränkung des allgemeinen Wahlrechtes zu beantragen, weil Sie es noch nicht für ausföhrlich halten. Für Ihre wahren Absichten aber ist Ihr Vorgehen in Sachen ein bezeichnendes Beispiel. Dort kann man nach der Verkünderung des Wahlrechtes zum Landtag geradezu von einem innerpolitischen Bankrott sprechen. (Sehr richtig! links.)

Es ist inwiefern eine Resolution des Abg. Freiherrn v. H o d e n b e r g (Welfe) eingegangen: „Den Reichsanwalt zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, wodurch die Wahlgefäße so herzustellen sind, daß die Umschlüge durch eine im Deckel angebrachte Oeffnung zu stecken sind und daß die Deckel selbst bis zum Schluß der Wahlhandlung geschlossen zu halten sind.“

Hg. Frhr. v. H o d e n b e r g (Welfe) begründet seine Resolution, die eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses gewährleistet.

Hg. Ged. (Zoc.):

Verschiedene Kollegen scheinen die Rednertribüne des Reichstages gewissermaßen zu einem Rechtsstuhl machen zu wollen, wie man in Zukunft dem Wahlreglement ein Schnippen schlagen kann. Herr Hinzburg meinte, es wäre überhaupt unmöglich, den Hottentram einzuführen. Das erklärt ein Vorse, obgleich in Süddeutschland derartige Wahlreglements bereits seit Jahrzehnten bestehen. Redner gibt hierauf einen historischen Ueberblick über die Einführung der bairischen Wahlreglements. In Baden konnten die Hottentram ohne große Schwierigkeiten hergestellt werden. Was bei uns möglich war; wird in Preußen nicht unmöglich sein. Der Ausdruck „Kosmetikgesetz“, der von jener Seite (nach rechts) für diese Vorlage häufig gebraucht wird, beweist, welchen Respekt die Herren vor den Wählern überhaupt haben. Auch bei uns hat man ja diesen Raum schon verschiedene Titel gegeben, man hat ihn z. B. „Rechtstuhl“ genannt, aber eine so entwürdigende Bezeichnung hat man doch nicht gewählt. Die Herren Konservativen thäten sehr gut, die Hottentram auch wirklich „energisch“ durchzuführen, denn dann könnten sie sich sagen: Jetzt haben wir endlich dem Terrorismus der Sozialdemokratie ein Ende gemacht, jetzt, wo kein roter Tyrann mehr dem Wähler diktiert kann, wie er zu wählen hat, wird sich die wahre Stimmung des Volkes zeigen. Nun, wir sehen diesem Urteil mit der größten Ruhe entgegen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Balkeström: Der Herr Vortruder legte einem Ausdruck, der wiederholt auch bei früheren Beratungen in Bezug auf dieses Gesetz gebraucht worden ist, einen entwürdigenden Sinn unter. Ich bemerke, daß dieser Ausdruck, so viel ich weiß, aus einem Wahlgesetz in Australien stammt, wo der englische Ausdruck für den Hottentram gebraucht ist: closed room, d. h. geschlossener Raum. (Stürmische Heiterkeit.) Man kann also den Herren, die den Aus-

druck brauchen, nicht vorwerfen, daß sie despektierlich von der Einrichtung gesprochen haben.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das hohe Haus ist staatsrechtlich unzulässig doch in der Lage, diese Verordnung zu amendieren. Aber dann liegt in dieser Amendierung eine Abänderung des Wahlreglements der verbündeten Regierungen und der amendierte Entwurf würde den Charakter eines Initiativantrages annehmen, dem die verbündeten Regierungen politisch und staatsrechtlich genau so gegenüberstehen würden, wie jedem andern von diesem hohen Hause beschlossenen Initiativantrag. Das ist die Auffassung der verbündeten Regierungen.

Hg. Delfor (Gf.) begrüßt die Vorlage mit Freuden.

Hg. Frhr. v. Schele-Wunstorff (Welfe) hofft, daß die Aenderung des Wahlreglements den Wahlbeeinflussungen zu Ungunsten der Wahlen ein Ende machen werde. Die Sicherung des Wahlgeheimnisses sei ebenso eine sittliche Pflicht, wie es die Wiederherstellung des Königreiches Hannover sein würde. (Große Umrufe.)

Präsident Graf Balkeström (unterbrechend): Herr Abgeordneter, eine Wiederherstellung des Königreiches Hannover hängt mit der Vorlage abfolgt nicht zusammen. Außerdem sind die von Ihnen gebrauchten Worte um so mehr unstatthaft, als eine Wiederherstellung des Königreiches Hannover mit dem gegenwärtigen Bestande des Deutschen Reiches unvereinbar wäre (Beifall rechts.) und in diesem hohen Hause nicht als eine Thatfache oder zu erstrebende Thatfache verhandelt werden darf. (Wiederholter Beifall rechts.)

Hg. Schele-Wunstorff (Wf.): Es handelt sich um die Ueberzeugung der hannoverschen Wählerschaft und wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen, dieses auch von dieser Tribüne aus zu dokumentieren.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf die Worte des Frhr. v. Schele-Wunstorff brauche ich nicht weiter einzugehen, weil der Präsident bereits das gesagt hat, was gesagt werden mußte. Ich mache aber Herrn v. Schele darauf aufmerksam, daß es außerordentlich gefährlich sein würde, solche Aeußerungen außerhalb des Hauses zu thun. Solche Aeußerungen müßten den Frieden der Provinz vernichten, der Herr v. Schele angehört.

Hg. Dr. von Gharlski (Pole): Wir erblicken in der vorgeschlagenen Aenderung des Wahlreglements wenigstens den Versuch einer Besserung; deshalb werden wir dafür stimmen. Ebenso werden wir für die Resolution H o d e n b e r g stimmen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Specialdiskussion wird das Wort nicht genommen und der Entwurf dann in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen. Mit der Mehrheit stimmen drei konservative Abgeordnete.

Die Resolution H o d e n b e r g wird mit derselben Mehrheit angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Rechnungssachen, Phosphorgehalt und Arantensassen-Novelle. Schluß 5 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 22. April. Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyrenhaud, Figaros Hochzeit, Schauspielhaus. Am bunten Hof, Deutsches, Ronna Rama, Berliner, Al-Helberg, Lesing, Der blinde Bettler, Neues, Pellenz und Reichand, Reichand, Luft, Die Besten, Der Besteludent, Central, Gertraud Peps, Thalia, Der Bohemengel.

Schiller O. (Ballner-Theater.) Der ledige Hof.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Der Probekandidat, Belle-Alliance, Fid und Pödel, Carl Welf, Der liebe Gebot, Bantes, Die ungeliebte Brief, Hedenjos, — Eglantine und Lysiar.

Luisen, Camlet, Kleines, Kuchel, Trianon, Die Rotbrücke, Casino, Elternlos, Fröhlich und Mädchen, Spezialitäten.

Metropol, Neues! Allerneuestes! Apollo, Der Gesindeball, Spezialitäten.

Wintergarten, Spezialitäten, Reichshallen, Stellner-Sänger, Passage-Theater, Spezialitäten, Apollo, Die neueste Richtung, Spezialitäten.

Urania, Taubenstraße 48/49, Das Land Tirol, Jubiläumstraße 57/62, Sternwarte, Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater Letzte Woche! Gaiispiel der Wiener Operetten-Gesellschaft, Heute und morgen, abends 7 1/2 Uhr: Gräfin Pepi.

Freitag, 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Abschieds-Vorstellung, Clo-Clo.

Sonabend, abends 7 1/2 Uhr: Unter Leitung des Hrn. Dr. Jereyng. Zum erstenmal: Chinesische Filterwochen, Soubrette-Sperle in 3 Akten von Talbot.

Thalia-Theater, Dreibeckstr. 72/73, Täglich 7 1/2 Uhr: Der Posannen-Engel, Musikantengesellschaft mit Ges. und Tanz, Tanzparodien, Artisten-Revue, Thierscher als Spreewälder Amme, Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: Charles Tante.

Luisen-Theater, Hamlet, Prinz von Dänemark, Anfang 8 Uhr, Morgen: Die Kaffienbauer von Bräun, Freitag: Zum erstenmal: Eine feste Burg, Sonabend: Die Geier-Balls, Sonntag 3 Uhr: Königin Luise, Dienstag: Das Versprechen hinterm Heide, — 8 Uhr: Eine feste Burg, Montag: Die Geier-Balls.

Urania.

Taubenstraße 48/49, Abends 8 Uhr: Das Land Tirol.

Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.

Castans Panoptikum.

Friedrichstr. 165. Mit seinen weltberühmten Wachfiguren u. unzähligen andern Sehenswürdigkeiten, Kunstschätzen etc. Gr. Promenade-Konzert.

Neu! Cleo Otéro, die interessante Rauch- und Sandmalerin.

Neu! Pythia, d. hellsehende Dame, Anthropol, der künstliche Mensch Und vieles andre.

Passage-Theater.

Sonntags 3 Uhr, Anfang: Wochentags 5 Uhr, Ende 11 Uhr.

Oskar Klein

(Typ. Eulenspiegel), Cake-Walk der echten Louisianas, Ganz Berlin zerbricht sich schon den dritten Monat den Kopf über AGA! die schwebende Jungfrau!

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg, Abends 7 1/2 Uhr: Lutti (Louie), Schwan in 4 Akten von Pierre Seber, Morgen und folgende Tage: Lutti, Sonntag nachmittag: Nora, Frau Reichenhoser.

Belle-Alliance-Theater.

Abendstück 8 Uhr: „Piek und Pocket“, Schwan in 4 Akten u. Tanz in 3 Akten, Schloher des 2. Aktes: Im Sonnenbad, Der Duncannon, Cip-Cip, Donna Juana, Cako Walk, Massage-Terzett.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- u. Invalidenstrasse, abends 8 Uhr: Die Rotbrücke, Lustspiel in 3 Akten von Fred Grefac und Francis de Croisset, Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Liebeschankel.

Kleines Theater.

Unter den Linden 41, Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater), Mittwochsabend 8 Uhr: Der ledige Hof, Schauspiel in 4 Akten v. August Gruber, Donnerstagsabend 8 Uhr: Die guten Freunde, Freitagabend 8 Uhr: Die guten Freunde.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater), Mittwochsabend 8 Uhr: Der Probekandidat, Schauspiel in 4 Akten v. Max Dreger, Donnerstagsabend 8 Uhr: Die Braut von Messina, Freitagabend 8 Uhr: Der ledige Hof.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung, Neuestes! Allerneuestes!

Revue in 5 Bildern v. Jul. Freund, Musik von Victor Holländer, Emil Thomas a. G. Josef Josephi, Henry Bender.

Frid-Frid, Flora Siding, Wini Grabitz, 300 Mitwirkende, Im dritten Bild: Eine Sitzung bei Anna Rothe, Grandioses Ballett, Anfang 8 Uhr, — Rauchen überall gestattet. —

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a-5, Anfang 7 1/2 Uhr: Pelleas und Melisande, Carl Weiss-Theater, Große Frankfurter-Strasse 132, Legie Boche! Der Liebe Gebot, Anfang 8 Uhr, Morgen: Der Liebe Gebot, Sonabend nachm. 3 Uhr: Kinder, Vorstellung: Haniel und Gretel.

Buntes Theater.

Köpenickerstrasse 68, Eglantine und Lysiar, Die umkehrte Freit, Hockenjos.

Apollo-Theater.

Täglich mit stürmischem Beifall, Gesindeball, Gesangs-Burleske mit d. spiritist. Anna Rothe-Parodie, Ferner: 4 Madcaps, — Donatelli, Hein. Blank, — Cako-Walk, — Seldoms, Kilianys lob. Bilder, — Kosmograph.

Bernhard Rose-Theater

Badstraße 58, Mittwoch, den 22. April: Philippine Welsler, Historisches Schauspiel in 3 Akten von D. v. Redwitz, Nach der Vorstellung: Tanz, Sonabend, den 25. April: Venus für Ludwig Wupper, Dufel Bräutigam.

Casino-Theater

Pöhlingsstr. 37, Neu! Elternlos, Neu! Dr. Berg — Bill Behle als Cokowalk-Tänzer, Fritzen u. Lieschen etc., Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Oll, Brunnenstrasse 16, Heute: Geflohen, Donnerstag: Benefiz v. Schneider, Das Milchmädchen v. Schöneberg, Nach der Vorstellung: Benefiz-Ball.

Palast-Theater

Burgstraße 22, Früher: Stern-Palast, Neu! Ingenieur, 8 1/2 Uhr: Die neueste Richtung, Orig.-Schwan in 3 Akten von Dr. v. Schweifer, Alle Spezialitäten neu! Miss Mary, Charlonnette, Anita Stoor, mal-requisit, Sport-Mil, Miss Darnell, athletische Spiele, Mile. Fata Fatou, Danse lumineuse, Anfang 8 Uhr, Entree 50 Pf.

Reichshallen.

Stettiner Sänger, 11 a.: Bühnengrößen und Anna Pote, das Blumenmedium, Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger, Nach der Vorstellung: Tanz-Fränzchen, Vereinsabtritt gültig.

Poliklinik

für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, Brunnenstrasse 108, zwischen Roloffstraße u. Humboldtstr., abends 6-8 Uhr, Dr. Echtermeyer.

WINTERGARTEN

Pantzer Brothers, Akrobaten, Ralph Johnstone, Bicyclist, She, die 4 Elemente, Renee Debauga, Kaleidoscop-Tanz, Hoshi Tokio, Japanertruppe, Charlotte Kara, Creolische Sängerin, Bachus Jacoby, Humorist, Les Provençales, Französisches Gesangs-Quartett.

Mlle. Miette, Par. Strassensäng, La Belle Toledo, Span. Tanz, Harry Houdini, Fessel-Künstler, Das Fest d. Lucullus, Ballett, Der „Biograph“.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz, Jeden Tag: Militär-Konzert, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz, Von Ende April ab wird das berühmte Orchester d. Signor Vincenzo Ferrara konzertieren.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr., Nur kurze Zeit! Madame Latouré, die fische Französin, Vollmer-Truppe, Der Bürgermeister von Tippelskirchen.

Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung: 10. Mai er., 4114 Gewinne u. W. von Mk. 135000, Lose a 1 M. — 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.

G. m. b. H. Enck-Geschäft, Berlin W., Friedrichstr. 191, Filialen: NW. Wilschenerstrasse 63, O. Andreasstrasse 40a, N.O. Oranienstrasse 177.

Steppdecken

kauf man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wollstrasse 72, monatliche Steppdecken aufgearbeitet werden, V. Strömmandel, Berlin 14, Musterkatalog gratis.

Credit.

Monatlich 10 Mark tiefer Anzüge, Paletots nach Maß, Der Kasse allerbilligste Preise, Der schönste Stoff hat 20 Mk. an, Schneidermeister, J. Tomporowski, Prinzenstr. 95.

Alle eingeführte Kommissions- und Export-Firma:

Leder-, Galanterie- u. Broncewaren etc., sucht mit kleineren Fabrikanten und Ausfüßern, welche Mittel- u. bessere Waren erzeugen, wegen spezieller Vertretung in Deutschland in Verbindung zu kommen, Abrechnungen gegen Kasse, Gegenentgelt auch Unterhaltung mit Kapital zur event. Erweiterung der Betriebe, Adressen unter: „Kommission“, Postamt 42, 7956

Verlag v. G. Birk & Co. München.

Zur Agitation empfehlen wir: Robert Albert: Kaiser-Adressen mit einem Anhang: Kruppischer Wohlthätigkeits-Schwindel, 20 Pf., Der Fall Krupp, eine Thalia-Ansammlung, 50 Pf., Demnachst erscheinen: Johannes Timm: Centrum und Sozialdemokratie, 20 Pf., H. von R.: Fürstportraits, 50 Pf., 11472, Kolporturen hoher Rabatt.

Baustellen i. Erkner.

Neu-Zitau 50 Hf., Obendörff u. Bau-Rosen 72 Hf., bei Grönu 143 Hf., sehr unt. realen Zahlungsbedingungen, Schulz, Hirdorf, Tennistr. 12/13, s. III.

Reste

zur [768] Damen-Mäntel - Konfektion und Kinder-Garderobe, Futtersiden, Besatzartikel, Fertige Damen-Mäntel und Jackets in größter Ausw., Kostüm-Stoffreste zu vollständigen Kostümen u. einzelnen Röcken in farbig u. schwarz, enorme Ausw., C. PELZ, 4. Kottbuser-Strasse 4.

Land 2 Mark

urs Wade Abzahlung, Parzelle 840 [Reier 300 Hf., weißer See-och-Berke, nur mündlich, verkauft Herronym, Blumenstraße 79, 10132

Der billige Rosenber.

Knabenanzüge, Mädchenkleider, Mädchenjacken, Damensaccoes, Capes, Kostüme, Reste zur Damenmäntel-Konfektion, Sammete, Seidenreste, Kostüme, 1230L, alles zu ganz enorm bill. Preisen, Kottbuser Damm 93, Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Süd-Ost“.

Rohtabak.

Bekannt beste Qualitäten, F. Wienert Nachf. L. Lehmann, Rosenthalerstr. 23.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Extra-Preise

Mittwoch, Donnerstag, Freitag
soweit der Vorrat reicht:

Konserven

Wachsbohnen 1/2 D. 38 Pl. 1/2 D. 23 Pl.	Gemischtes Gemüse 1/2 D. 32 Pl.	Erdbeeren 1/2 D. 1.15 , 1/2 D. 65 Pl.
Kaiserschoten " 1.15 , " 63 Pl.	Bruchspargel I 1/2 D. 85 Pl. " 48 Pl.	Aprikosen halbe Frucht " 1.30 , " 70 Pl.
Schoten I " 75 Pl.	Bruchspargel ohne Köpfe " 60 Pl., " 35 Pl.	Birnen " 75 Pl., " 43 Pl.
Feine Schoten " 32 Pl.	Reineclauden " 78 Pl., " 45 Pl.	Stachelbeeren " 65 Pl.
Schoten u. Karott. 65 " 38 Pl.	Melange Früchte " 55 Pl.	Saure Kirschen " 80 Pl., " 45 Pl.

Stangenspargel extra stark 1/2 Dose 80 Pl.	Sardinen in Oel 1/4 Dose 32 Pl.
Stangenspargel II 1/2 Dose 65 Pl. 1/2 Dose	Franz. Sardinen "Chancereille freres" 1/4 Dose 75 Pl.
Stangenspargel III 1/2 Dose 90 Pl., 50 Pl.	Gabelbissen Dose 65 Pl.
Pfefferlinge " 43 Pl., 28 Pl.	Krabben " 1/2 Dose 65 Pl., 1/2 Dose 35 Pl.

Mirabellen 1/2 Dose 63 Pl.	Corned Beef 1/2 Dose 1.20 Mk.
Pflaumen in Essig und Zucker " 65 Pl.	Amerik. Ochsenzungen Dose 4.30 Mk.

Kolonialwaren

Erbsen prima glasiert . . . Pfund 18 Pl.	Grosse Erbsen . . . Pfund 14 Pl.	Kleine Erbsen . . . Pfund 12 Pl.	Grosse Linsen . . . Pfund 17 Pl.	Mittel Linsen . . . Pfund 12 Pl.	Grosse Bohnen . . . Pfund 23 Pl.	Kleine Bohnen . . . Pfund 13 Pl.	Eierschnitt-Nudeln leicht gefärbt Pack. 1 Pfd. 35 Pl.	Eierschnitt-Nudeln ungefärbt Pack. 1 Pfd. 38 Pl.	Maccaroni Pfund 32 Pl.	Backobst Mischung I . . . Pfund 42 Pl.	Backobst Mischung II . . . Pfund 26 Pl.	Ringäpfel Pfund 35 Pl.	Türkische Pflaumen I Pfund 24 Pl.	Türkische Pflaumen II Pfund 20 Pl.	Kaliforn. Pflaumen I Pfund 45 Pl.	Kaliforn. Pflaumen II Pfund 40 Pl.	Kaliforn. Pflaumen III Pfund 35 Pl.	Rangoon-Reis Pfund 15 Pl.	Japan-Reis Pfund 18 Pl.	Java-Reis I Pfund 27 Pl., II Pfund 23 Pl.
---	---	---	---	---	---	---	--	---	---	---	--	---	--	---	--	---	--	--	--	---

Deutscher Kakao
Pfund **1.05** Mk.

Gebraannter Kaffee
Costarica-Mischung II Pfund **90** Pl.
Guatemala-Mischung III Pfund **1.05**
Feinste Costarica-Mischung IV Pfund **1.25**

Ananas
Pfund **75** Pl.

In den Cigarren-Spezialgeschäften erhältlich:

ASSIM-CIGARETTEN - 10 Stück 30 Pf. - mit wertvollen Coupons

Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges. • Grösste Deutsche Cigaretten-Fabrik.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worin mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Matterei, Kette, mit Maschinen, billig verkauft. Schönberg, Eisenwerkstr. 54, Treidel. 125*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Hochbornsche Herren-Anzüge, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herab 18-38, Beinkleider 7-11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Versandhaus, Köpferstr. 63, 1. Trepp. 16018*

Kuabensänge, Paletots, Mädchenkleider, Jacketts, Kostüme, Veteranenstr. 14.

Stoffe zur Kinder-Konfektion, Sammet, Plüsch in großer Auswahl. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Krawattenstoffe große Auswahl. Sallertstr. 20. 15898*

Teppiche! (leibhaftig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Sackstr. Markt 5, Bahnhof Str. 119/5*

Möbelverkauf Mahagoni-Allee 56.

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Preiswert hoher Verhöben. Ernst Sellmann, Sallertstr. 26, nahe der Landbörgerstr. Alte Nähmaschinen neu in Zahlung. 15923*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge- und Sommerpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Möbelangebot. Von National- Möbeln, Kassetten, Kassettenstr. 23, Hochbahn-Haltestelle Köpenickerbrücke, sollen verschiedene gediegene Ausbaumöbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salongarnituren, Bancosofas, Ruhbaumpiano, Bibliotheken, Anleideschränke, Ruhbaumpuffen, Schreibische 26,00, kunstvollgezeichnete Ruhebetten mit prachtvoller Divanende 22,50, hochleganter Säulenschrank 30,00, praktische Salon-Teppiche, schon 18,00, Rummerteppiche 8,00, reichgefilzte Liebergardinen, Spachtelstoffs, Zylinderdecken, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, Tischlampen 5,00, verschiedene Gegenstände spottbillig. Wiese, Nationalstr. 15318*

Kabeneinrichtung, gebraucht und neu, Material, Weh- und Porzell., Baderei- und Konbiterei, Restaurations-, Putz-, Manufakturwaren-, Konfektions- und Computat.-Einrichtungen. Neuheit billige Preise. Anfertigung in jedem Stil nach Maß in eigener Fabrik mit elektrischem Betrieb. Altona, Brunnenstr. 7, III. 714. Andreaskstr. 21, VII. 1722.

Teppiche mit Goldwebern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Krankenfahrhülle für Zimmer und Straße künstlich und teilweise in allen Preislagen. Kopp, Sackstr. 95. 95/11*

Fahrräder, Teppichablagen, 125 Mark, Amalberstr. 148, Sackstr. 40. 16018*

Steppdecken, feinste Handarbeit, laut man direkt beim Steppdecken-Anfertiger Georg Schmeidler, Blumenstr. 13. Alle Decken werden neu bezogen. 1561K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Mingischischen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60, und Große Frankfurterstr. 43. 796*

Restoration billig zu verkaufen oder zu verpachten wegen Übernahme einer Bauantenne Vorplatzstr. 39.

Betten, prachtvolle 15,00, sofort. Rühl, Dresdenstr. 38. 8006

Waffen, Karabiner verkauft in Champ, Urbanstr. 177. 8016

Gasföcherhaus! Gasföcher 1,00, Dreifachgasföcher 3,00, Dreifachgasföcher, Gasdröden 7,00, Gasbügelapparate, Gasplättchen, Gasbrenner, Gasföcher, portabillig! Wohlfahrt, Wallnerstr. 21, VII. 7989

Kanarienvögel billig Keanderstr. 7. 134/16

Wollstoffe, erst, billig zu verkaufen, Belad, Sorauerstr. 14. 70

Deutsche Hogg, Gänse, edel, gekrönt, nebst Jungen, 4 Wochen alt, verkauft billig Groder, Doppelerstr. 16. 73

Salzsaft, 20 Mark, Marktstr. 40, Zapfeler. 134/15

Gemüsegeschäft verkauft Haldenstr. 41. 8016

Material, Porzell., Gemälde-Gesetz, 11 Jahre bestehend, verläßlich. Käfers Adolfsstr. 12b, Sackstr.

Parteilokal (Wollstr.) zu verkaufen. Näheres Laborarbeiter, Genossenschaft Holzmarktstr. 48a, Karlinstr. 7144

Patentanwalt Danmann, Prantzenstr. 37, Koripplatz, bis abends 7736*

Rechtsbureau, Langjährige Erfolgsfolge! Jählich, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Steuerberatung, Eingabengeld, Raterteilung. 7885*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Steuerberatung, Raterteilung, Fall, Brunnenstr. 7806*

Rechtsbureau, früherer Gerichtsekretär, Andreaskstr. 38. 798*

Unfallgesch. Rechtsbureau Bucher, Steglitzerstr. 14 (Landsbergstr. 16228)*

Eingabengeld, Strafsachen, Klagen usw. Verlich, Brunnenstr. 97.

Veit-Hans Postenstr. 33.

Kunststofferei von Frau Koloffa, Steinmühlstr. 48, Duergelände hochbarterre.

Fahrradgesch. auch defekt, Kasten, Schandauer Allee 162a. 94/2*

Dividenden! Wer sich über die verlässliche Genauigkeit seiner Zeit unterrichten will, verlange die Mitglieder des Weltbundes gegen Einzahlung, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Arbeitsverein, Königgräberstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Teppichablagen, Anfertigung eleganter Herrenanzüge. Parcus, Sackstr. 13/16. 8078*

Aufholern Maltragen 3 Mark, Sofa 5,00, Grenda, Steinmühlstr. 27, IV. 7125

75 Pfennige! Steuerbescheinigung, Eingabengeld, Raterteilung, Verlässliche Geschäftsstellen, Strafsachen, Unfallgesch., Obescheidung, Alimenten, Klagen. Wulfov, Sackstr. 141.

Buchbinderarbeiten jeder Art werden angefertigt. E. Schön, Steglitz, Marienstr. 4. Abholung erfolgt auf Postkarte. 7845*

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobs, Kolbergerstr. 26. 8425*

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren sofort oder zum ersten zu vermieten bei Viehch, Reichbergerstr. 135, vom IV links. 7909

Möblierte Schlafstelle (Herren) Kastanienallee 34, III rechts. 8036

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Lang • Hausarbeit, feine Bekleid., Breslauerstr. 19a, Ebnal. 8026

Korbmacher sucht Stellung auf Reparatur und Herstellung. C. Lehmann, Brunnenstr. 96, bei Viehch.

Stellenangebote.

Steinmehlen auf Komot verlangt Weheweit, Wilhelmstr. 13.

Wahlbescheinigung stellt unter günstigen Bedingungen, bei militärischer Ausbildung, jederzeit ein, Unentgeltlich alles frei. A. Schulze, Stadt-Kaufmann, direkt in Sackstr. bei Viehch, Auskunft erteilt A. Hermann, Brangelstr. 118. 8115

Nebeverdienst für jedermann! Besorgt gegen Retourmarke. Herrn. Wolf, Zandau, Sackstr. 7926

Schildebrauerer, geübte, verlangt Hedert, Prinzenstr. 31. 7976

Korbmacher Gesellen auf geschlagene sucht Lewin, Linienstr. 217, Obstegeßel. 8059

Gesucht per sofort Paletot- und Sacco-Arbeiter für Konfektion. S. Esders u. Dyckhoff, Leipzigerstr. 50a. 7939

Barfänger für Brudlererei verlangt War Leonhard, Goldschmidtstr. 31. 7976

Französer verlangt Goldschmidtstr. 31. 7976

Nähmaschinen wird verlangt Brunnenstr. 90. 7909

Belagerungen, geübte, auf Goldschmidtstr. 191. 8065

Stickerarbeiten • Arbeiterin für Korbwaren, die Kosten liefern können, verlangt A. Rabau, Arganderstr. 25. 90/2

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Seite.

Schneider auf Buchen, Sackstr. 38-44, sofort verlangen (Probearbeit bitte vorlegen) Kurzweg & Leffmann, Neue Friedrichstr. Nr. 36, II.

Achtung, Korbmacher!
Der Zugang ist streng fern zu halten von d. Korbmöbel-Fabrik (Mississippi), Sackstr. 29. 80713

Verschiedenes.

Wörterunterricht, Schnellfördernd, Seigerstr. 14, II links. 6995

Weitere Sturmnachrichten.

Ueber weitere Wirkungen des Schneesturmes berichten die Blätter:

Breslau. Der Wien-Berliner Schnellzug, welcher Sonntagabend 10.15 Uhr fällig war, ist mit 21 Stunden Verspätung am 7. April in Breslau eingetroffen...

Bosen. Bis gestern Abend war Bosen ohne jeden Bahnverkehr. Der Telegraphen- und Fernsprechnetz wurde im Laufe des Tages wieder hergestellt...

Kiel. Entsetzliches Unwetter hat Kiel und ganz Schleswig-Holstein heimgesucht. Ein orkanartiger Nordoststurm herrschte gestern in der Ostsee und trieb die Fluten mit Macht in die Förden...

Kolberg. Am Strande von Kolberg haben der Sturm und hoher Seegang riesige Verwüstungen angerichtet. Die Dünenpromenade ist zwischen Herren- und Familienbad fortgerissen...

Bremen. Die Rettungsstation Kolbergermünde der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ telegraphierte: Am 20. April wurden von dem bei Gröden gestrandeten schwedischen Schoner „Wilhelmine“...

Am 20. April wurden von dem bei Gröden gestrandeten schwedischen Schoner „Wilhelmine“, Kapitän Peterson, mit Steinen von Carlshamn nach Stettin bestimmt...

Am 20. April wurden von dem bei Gröden gestrandeten schwedischen Schoner „Wilhelmine“, Kapitän Peterson, mit Steinen von Carlshamn nach Stettin bestimmt...

Am 20. April wurden von dem bei Gröden gestrandeten schwedischen Schoner „Wilhelmine“, Kapitän Peterson, mit Steinen von Carlshamn nach Stettin bestimmt...

Eisenbahnminister Sudde

folgende Darstellung der Sturmshäden, soweit sie den Eisenbahnverkehr betrafen:

Der Gang des Unwetters war der folgende. Am 18. April wurden Schneeverwehungen gemeldet, und zwar zuerst aus Ober-Schlesien, zwischen Klein- und Schweidnitz...

Am 19. April nachmittags schritten die Schneeverwehungen nordwärts bis zur Havel vor, westlich bis an Berlin heran, was Sie ja selbst wahrgenommen haben...

Am 20. April ging das Unwetter über die Havel hinaus. Die Folgen des Wetters waren sehr bedeutend. Zunächst sind in 100 telegraphischen direkten Depeschen Sperren...

Am 20. April ging das Unwetter über die Havel hinaus. Die Folgen des Wetters waren sehr bedeutend. Zunächst sind in 100 telegraphischen direkten Depeschen Sperren...

Am 20. April ging das Unwetter über die Havel hinaus. Die Folgen des Wetters waren sehr bedeutend. Zunächst sind in 100 telegraphischen direkten Depeschen Sperren...

Am 20. April ging das Unwetter über die Havel hinaus. Die Folgen des Wetters waren sehr bedeutend. Zunächst sind in 100 telegraphischen direkten Depeschen Sperren...

Am 20. April ging das Unwetter über die Havel hinaus. Die Folgen des Wetters waren sehr bedeutend. Zunächst sind in 100 telegraphischen direkten Depeschen Sperren...

Am 20. April ging das Unwetter über die Havel hinaus. Die Folgen des Wetters waren sehr bedeutend. Zunächst sind in 100 telegraphischen direkten Depeschen Sperren...

Zweiter Wahlkreis! Am Donnerstag, den 23. d. M., findet in der Berliner Wollbrauerei, Tempelhofer Berg, die erste große Wählerversammlung statt...

Achtung, 6. Wahlkreis! Donnerstag, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im Feldschlösschen, Müllerstraße Nr. 142, eine Volksversammlung statt...

Charlottenburg. Am Donnerstag, den 23. April, findet im großen Saale des Volkshauses, Rosenstr. 3, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins...

Jassen. Am Mittwoch, den 22. d. M., hält der Wahlverein für Jassen und Umgebung bei G. Müller, Baumstraße, abends 8 Uhr, eine ordentliche Generalversammlung ab...

Lokales.

Eine hochinteressante Diskussion wird aller Voraussicht nach am Donnerstag in der im zweiten Wahlkreise liegenden Wollbrauerei stattfinden...

Am Namen der sozialdemokratischen Partei im zweiten Berliner Wahlkreis lade ich Sie zu dem am 23. April 03, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden sozialdemokratischen Wählerversammlung...

Geehrter Herr Professor! Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit meine herzlichsten Grüße zu übersenden...

Geehrter Herr Professor! Ihre vom 19. d. M. datierte, am 20. zur Post gegebene Einladung zum 23. abends 8 1/2 Uhr (Wollbrauerei) erreichte mich...

Herr Professor v. Wendt wird also Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie den Kampf mit geistigen Waffen nicht scheut...

Der Umfang des Sturmshäden in Berlin ist zwar noch nicht zu überschauen, er dürfte jedoch nach den bisher vorliegenden Meldungen in der Reichshauptstadt weit über eine Viertelmillion Mark betragen...

Zu den ersten Erfordernissen einer genügenden Schulhygiene gehören sauber gehaltene, gut gelüftete, geruchfreie Abortanlagen...

Man sollte meinen, daß diese Vorkenntnisse den Berliner Schulbehörden bekannt sein müßte und daß dementsprechend dafür gesorgt würde...

Das islamische Gymnasium in Berlin besitzt Abortanlagen, die mit den landläufigen Einrichtungen dieser Art erfolgreich konkurrieren können...

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gärtner und Parkarbeiter der Stadt Berlin. Unter recht ungünstigen Lohnverhältnissen haben die Gärtner und Parkarbeiter zu leiden...

Die Geburtshäufigkeit ist in den einzelnen Stadtteilen Berlins sehr ungleich. In den Jahren 1900 und 1901 wurden z. B. im Stadesamts-Bezirk Altstadt nur 578 und 583 Kinder geboren...

Das Kuratorium des Märkischen Provinzial-Museums trat am Dienstag in seinen Räumen, Zimmer Nr. 10, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich erstens um die Verlegung von drei vorläufig interimistischen Stellen...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter (veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Igl. technischen Hochschule zu Berlin)...

Außerdem werden an jedem Mittwoch Einzelvorträge über folgende Gebiete abgehalten: 1. Studentenschaft und Volksbildung...

Arbeitern einen Anfangslohn von 3,50 M., den gelerntem Arbeitern einen etwas höheren Lohn gewährt, hat man diese Kategorien von Arbeitern in den letzten Jahren gar nicht berücksichtigt...

Die Geburtshäufigkeit ist in den einzelnen Stadtteilen Berlins sehr ungleich. In den Jahren 1900 und 1901 wurden z. B. im Stadesamts-Bezirk Altstadt nur 578 und 583 Kinder geboren...

Das Kuratorium des Märkischen Provinzial-Museums trat am Dienstag in seinen Räumen, Zimmer Nr. 10, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich erstens um die Verlegung von drei vorläufig interimistischen Stellen...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter (veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Igl. technischen Hochschule zu Berlin)...

Außerdem werden an jedem Mittwoch Einzelvorträge über folgende Gebiete abgehalten: 1. Studentenschaft und Volksbildung...

Das Kuratorium des Märkischen Provinzial-Museums trat am Dienstag in seinen Räumen, Zimmer Nr. 10, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich erstens um die Verlegung von drei vorläufig interimistischen Stellen...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter (veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Igl. technischen Hochschule zu Berlin)...

Außerdem werden an jedem Mittwoch Einzelvorträge über folgende Gebiete abgehalten: 1. Studentenschaft und Volksbildung...

Das Kuratorium des Märkischen Provinzial-Museums trat am Dienstag in seinen Räumen, Zimmer Nr. 10, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich erstens um die Verlegung von drei vorläufig interimistischen Stellen...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter (veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Igl. technischen Hochschule zu Berlin)...

Außerdem werden an jedem Mittwoch Einzelvorträge über folgende Gebiete abgehalten: 1. Studentenschaft und Volksbildung...

Das Kuratorium des Märkischen Provinzial-Museums trat am Dienstag in seinen Räumen, Zimmer Nr. 10, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich erstens um die Verlegung von drei vorläufig interimistischen Stellen...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter (veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Igl. technischen Hochschule zu Berlin)...

Außerdem werden an jedem Mittwoch Einzelvorträge über folgende Gebiete abgehalten: 1. Studentenschaft und Volksbildung...

Das Kuratorium des Märkischen Provinzial-Museums trat am Dienstag in seinen Räumen, Zimmer Nr. 10, zu einer Sitzung zusammen. Es handelte sich erstens um die Verlegung von drei vorläufig interimistischen Stellen...

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter (veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaft der Igl. technischen Hochschule zu Berlin)...

Außerdem werden an jedem Mittwoch Einzelvorträge über folgende Gebiete abgehalten: 1. Studentenschaft und Volksbildung...

Sperren schleunigst die gefährliche Stelle ab. Den Bemühungen der Streckenbeamten gelang es alsbald, die Schiene für den Stromabnehmer wieder frei zu machen. Derartige Betriebsstörungen treten ja bisher verhältnismäßig selten auf, sie sind aber immer für den Verkehr sehr lästig und für die Straßenpassanten nicht ungefährlich. Die städtischen Behörden haben bekanntlich schon beschlossene, bei den Aufsichtsbehörden die Genehmigung für den Oberleitungsbetrieb auf der Strecke Behren-Hollmannstraße nachzusuchen.

Eine große Falschmünzerbande ist gestern Abend von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Schon wochenlang waren die einzelnen Mitglieder von Beamten beobachtet worden. Da es aber in früheren Fällen bei Einzelverhaftungen öfter nicht gelungen war, Falschstücke bei den Festgenommenen zu finden und sie dadurch zu überführen, so ließ man sie jetzt gewähren, bis man genügendes Material gesammelt hatte, um die ganze Bande unschädlich machen zu können. In Betracht kamen zwei alte Juchthäuser, die Maler Otto Linier und Wilhelm Schulz, die beide wegen Falschmünzerei verurteilt sind, ein wegen Diebstahls bestraffter Klempner Adolf Kade, die Arbeiter Richard Hoppe und Fritz Schiffler und der Handlungsgehilfe Wilhelm Kufel, die noch nicht bestraft sind. Schulz kehrte erst vor einiger Zeit aus Sonnenburg zurück, wo er vier Jahre im Zuchthaus gefesselt hatte. Durch eine sorgfältige Beobachtung der alten Verbrecher lernte man nach und nach auch ihre neuen Helfershelfer kennen. Schiffler hatte besonders die Aufgabe, die Falschstücke, nur Einmarkstücke, in Käden unterzubringen. Er kaufte stets nur für 5 Pf., ein paar Bogen Papier, einen Bleistift, eine Zigarre, oder sonst eine Kleinigkeit. Mehr als eine Mark bekam er niemals mit. Gelang der Absatz, so wurde Hoppe, Kufel oder Kade zu Schulz und Linier geschickt, um ein neues Stück für ihn zu holen. Diese beiden hielten sich nämlich immer fern vom „Schauplatz“ an einer verkehrsreichen, leicht erreichbaren Stelle mit einem größeren Vorrat auf, während die drei bei Schiffler blieben, um Ueberbringerdienste zu leisten oder ihm beizustehen, wenn er in Schwierigkeiten geriet. Entdeckten nämlich die Verläufer die Falschung, so sprangen sie ein, sagten für ihren Bekannten, einen ehrlichen Arbeiter gut und setzten auseinander, daß er doch auch nicht dafür könne, wenn er irgendwo eine falsche Mark erhält. — Da er immer nur ein falsches Stück besaß, so leuchtete die Anrede einigermassen ein. Alle diese Dinge und den ganzen Plan, nach dem die Bande arbeitete, lernte die Kriminalpolizei durch unausgesetzte Beobachtungen kennen. Dann machten sich die Beamten daran, die ausgegebenen Falschstücke einzusammeln. Wo Schiffler kaufte, waren auch Kriminalbeamte in der Nähe. Sobald er den Laden verlassen hatte, stellte sich einer von ihnen dem Geschäftsinhaber vor und ließ sich von ihm das eben erhaltene falsche Markstück gegen ein echtes herausgeben. Nachdem man so Wochen hindurch genügendes Material zusammengetragen hatte, zog man gestern Abend das Netz zu. Nachdem jeder Einzelne von seiner Wohnung aus den ganzen Tag verfolgt worden war, packte man die Unternehmer Schulz und Linier und den Boten, der eben ein neues Stück holen wollte, am Rosenhaler Thor und die drei anderen, die in der Lothringerstraße arbeiteten, am Schönhauser Thor. Auf dem Wege nach der Wache versuchten sie umsonst, sich der Falschstücke zu entledigen. Alle sechs wurden heute dem Untersuchungsrichter zugeführt. In der Wohnung Kades entdeckte man die Werkstätte für die Rohbearbeitung, in der gemeinsamen Wohnung des Schulz und Linier wurden die Stücke noch feiner nachgearbeitet.

Bannfall. Bei dem Neubau des königl. Amtsgerichts Schöneberg, Grunewaldstraße, stürzte der Hilfs-Maurerpolier Bernhard Meise bei Ausübung von Maurerarbeiten aus einer Höhe von zehn Metern ab. Er erlitt dabei einen Bruch des rechten Armes. Er wurde zunächst nach der Unfallstation, dann nach der königl. Klinik geschafft.

Vermißt wird seit Sonnabendmorgen der 12 Jahre alte Gemeindeführer Rudolf Klapproth aus der Marienburgerstr. 7. Der Junge sah in der dritten Klasse und brachte zu Osnern die Censur Nr. 4 mit nach Hause. Diese wollte sein Stiefvater, Arbeiter Hübenner, nicht unterschreiben, er verlangte vielmehr, daß er eine bessere bringe. Ohne die verlangte Unterschrift traute sich aber der Schüler nicht vor seinen Lehrer zu treten. Beim Schulbeginn sagte er wahrheitswidrig, er habe sie vergessen, nachdem er dann aber gemahnt worden war und sein Stiefvater sie trotzdem verweigerte, lief er davon. Da er bis vor zwei Jahren bei seiner Tante in Nordhausen erzogen wurde, so glaubt man, daß er sich dortin auf den Weg gemacht habe. Ob er bei dem furchtbaren Unwetter weit gekommen ist, sieht dahin.

Mit Chankali vergiftet hat sich der 27 Jahre alte Zeichner Johannes Kaulin aus der Blumenstraße 32. Der junge Mann war früher Schilbermaler, konnte aber nicht mehr auf der Leiter arbeiten, weil er seit einem Jahre infolge einer Erkrankung an Rheumatismus litt. Daher wurde er Zeichner, besuchte eine Fachschule in der Markstraße und wurde zu diesem Zweck von seinen Eltern reichlich unterstützt. Seit vierzehn Tagen war er tiefsinnig, ließ sich jedoch über die Veranlassung zu niemandem aus. Am Montagmorgen trank er für dreißig Pfennige Rum und vergiftete sich dann auf dem Bette liegend mit Chankali. Neben dem Glase lag auf dem Tische ein Zettel mit wenigen Worten, in denen der Lebensmüde seine Eltern um Verzeihung bat. Weßhalb er sich das Leben nahm, gab er nicht an.

Sein Unzuge gestorben ist der 41 Jahre alte Anstreicher Linus Hänel, der aus Juidau stammte und zuletzt in der Admiralstraße 25 wohnte. Hänel mietete am Montagmorgen in der Pragerstraße 15 eine Schlafstelle und ging dann noch einmal weg um dieses und jenes zu besorgen. Als er um 7 Uhr abends zurückkehrte, befahl ihm ein Unwohlsein. Kaum hatte er sich auf einen Stuhl gesetzt, um eine Tasse Kaffee zu trinken, und eben eine Schrippe angekniffen, als er nach hinten überfiel und auf der Stelle verschied. Ein

Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Selbstmord. Aus Reue hat sich der 44 Jahre alte Lederarbeiter Hermann Heyland aus der Drangelstraße 12 das Leben genommen. Heyland zankte sich am Sonntagabend mit seiner Frau und wies ihr mit der Aufforderung, zu ihrer Mutter zurückzugehen, die Thür. Die Frau ging und nahm ihre beiden Kinder im Alter von 10 und 8 Jahren mit. Am nächsten Tage empfand der Mann tiefe Reue. Weinend sah er auf der Treppe und Klage, was er nur gemacht habe. Dann schickte er einen Bekannten nach der Wohnung seiner Schwiegermutter und ließ seine Frau bitten, zu ihm zurückzugehen. Als aber Frau Heyland gestern Abend nach 8 Uhr kam, erhielt sie keinen Einlaß und mußte durch einen Schlosser öffnen lassen. Nun fand man ihren Mann als Leiche an der Thürschwelle hängen. Die Leute waren seit 11 Jahren verheiratet.

Feuerbericht. Ueber ein Duzend Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Dienstag früh gegen 4 Uhr wurde sie nach dem Elisabeth-Platz 53 gerufen. Als der erste Löschzug ankam, stand schon ein Nachwerkshuppen vollständig in Flammen. Es mußte daher tüchtig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Kleidungsstücke und Möbel hatten Montagabend in der Lützowstr. 106 in einer Wohnung Feuer gefangen, während in der Hochmeisterstr. 19 Decken und Waschtische in Brand geraten waren. Auch in der Paulstr. 3b und in der Johanneisstraße 11 hatte die Wehr Zimmerbrände zu beseitigen. Möbel, Gardinen, Kleidungsstücke u. wurden in der Hauptstraße beschädigt. In der Treßdowstr. 18 mußte um 9 Uhr ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Wollenlage ergrieffen hatte. Ein ähnliches Feuer beschäftigte die erste Compagnie in der Landsbergerstraße 106. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Feuermeldungen von der Waldenstraße 28, Drangelstr. 53 und noch von einigen anderen Stellen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um ganz geringfügige Anlässe.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Die Eisenbahnfrage und die von Mitgliedern der städtischen Körperschaften beschlossene Bewilligung einer Liebesgabe von 700 000 M. an den Eisenbahnstus hat nicht nur einen heißen Kampf innerhalb der bürgerlichen Kreise entfesselt, sondern sie hat auch die Arbeiterchaft Spandaus zu einem geharnischten Protest auf den Plan gerufen. Eine glänzende besetzte Volksversammlung, der auch eine Anzahl bürgerlicher Männer beiwohnten, beschloß am Freitagabend mit dem Thema: „Die Eisenbahnzustände Spandaus, der Eisenbahnminister und die Millionenopfer der städtischen Behörden!“ Dr. A. Liebnecht, der das Referat übernommen hatte, erklärte Eingangs desselben, daß er mit Spandau in mannigfacher Beziehung, insbesondere aber auch als Reichstagskandidat eng verbunden sei, ihm auch die hier in Frage stehenden Verhältnisse seit langem sehr gut bekannt seien; sodah er sich für wohl berechtigt halte, in der Bahnfrage ein Wort mitzusprechen.

Nedner zeigte sich denn auch von allen Einzelheiten aufs allerzweckmäßigste informiert. Mit seiner Geißelung der bestehenden Eisenbahnzustände in Spandau, die Lebensgefährlichkeit der Niveauübergänge gerade in den verkehrsreichsten Straßen, die erst vor einigen Tagen um ein Haar zu einer Katastrophe geführt hätten (aus irgend welchen Gründen unterblieb das Schließen der Barriären am Strefow beim Einfahren des Kölner Schnellzuges, D. B.); ferner mit seiner scharfen Kritik des eigenartigen Verhaltens des Verkehrsministers rief unser Genosse den ungeteilten Beifall der Versammelten hervor. Er beendete die Frage, wo er zur Befestigung dieser Zustände verpflichtet sei, ob die Stadt oder der Eisenbahnstus, sowohl von der rechtlichen als von der moralischen Seite aus, und kam zu dem blühenden Resultat, daß diese Verpflichtung einzig dem Eisenbahnminister obliege, zumal bei der notorischen Armut der Stadt Spandau. In der Diskussion nahm niemand von den anwesenden Bezirksorten des 700 000 Mark-Lyfers das Wort. Genosse Lieger erörtert hierauf noch in eingehender Weise den Standpunkt der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion, welche energig für die Befestigung der Eisenbahnübergänge durch Hochlegung des Bahnkörpers und für die Schaffung eines zweiten Bahnhofes auf dem rechten Havelufer eintrete, aber für die Bewilligung irgend eines Zuschusses aus städtischen Mitteln nicht zu haben sei, eben aus dem vom Referenten so treffend geschilderten Gründen. Eine entsprechende Resolution fand hierauf einstimmige Annahme.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 2. Gäste sind willkommen.

Verband der Freireisenden. Zweigverein Berlin. Mittwoch, den 22. April, abends 10 Uhr, bei Pfeffer, Kolonnenstraße 57, Mitglieder-Versammlung.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedsschaft Berlin). Heute abend 9 Uhr in Wendts Klubhaus, Königsgraben Nr. 11a, 1 Tr., Mitglieder-Versammlung.

Vermischtes.

„Wer den jungen Lehrer haben will.“ Folgendes nettes Vorkommnis wird dem „Gef. Anz.“ gemeldet: In einem Dorfe Oberhessens, in welchem mit Beginn des neuen Schuljahres eine weitere Schulstelle errichtet werden soll und wo eine Dienstwohnung für den neuen Schulverwalter nicht vorhanden ist, wurde durch die Ortschulle bekannt gegeben: „Wer den jungen Schullehrer haben will, kann sich auf der hiesigen Bürgermeiserei melden.“ Man merkte sofort, daß ein Teil der Ortsbevölkerung diese Bekanntmachung falsch aufgefaßt hatte, denn es machte sich unter den Jungfrauen des Dorfes eine gewisse Aufregung bemerkbar; ja man will sogar gehört haben, wie ein Schelm einem vorübergehenden Mädchen

zurief: „Hi Dich Gretchen, mel Dich ach, wer do de erscht kimmt, der grüen.“

Eine amüsante Geschichte, die sich vor einigen Jahren am Kongo abgepielt haben soll, erzählt ein belgisches Blatt. Ein Offizier, der sich auf Kosten eines ihm feindlich gemütheten Agenten einer Handels-gesellschaft amüsieren wollte, ließ die Stohzfähne eines Elefanten durch eine Nachahmung aus Holz erlegen, die so geschickt gemacht war, daß man sich täuschen mußte. Der Agent ließ die falsche Stohzfähne abhauen und schickte sie, von ihrem merkwürdigen Aussehen überrascht, als Kuriosität nach Europa. Die Kongo-Regierung legte die Naturforscher vor, die erst ganz perplex waren, dann aber mit der Sicherheit, die jedem echten Gelehrten eigen, erklärten, daß der Elefant eine Krankheit gehabt habe, die man „Acroignitha-maturgia“ nenne, und die das Elfenbein in einen holzähnlichen Stoff verwandelt habe. Und dabei blieb es, bis der Offizier die kleine Fälschung, die er sich geleistet hatte, öffentlich zum besten gab. Diese Fälschung war jedenfalls harmloser als die der Lira des Sallapharnes und vor allem nicht so kostspielig.

Briefkasten der Redaktion.

Alfred G. 1-3. Erklären Sie wegen dieser rein technischen Dinge irgend einen Stationsvorsteher höflich um Auskunft. — **Kuher-halb.** 1. Köst sich nicht mehr feststellen. 2. Darüber haben wir positive Angaben nie gemacht. 3. Ist vor etwa drei Monaten gebracht worden. Die betreffenden Romascheite stellen wir Ihnen zum Durchsuchen gern bei u. s. zur Verfügung. — **A. S. B.** Ist ganz unumgänglich für uns. — **G. B. 25.** Ein solcher für Sie geeigneter Verein ist uns nicht bekannt. — **B. M. 1.** 15 Reiten. 2. Keine von beiden, sondern die presbyterianische Religionsgemeinschaft. — **G. A. 71.** Da die Geldfrage dabei leider doch eine wesentliche Rolle spielt, orientieren Sie sich zuvor unter Berufung auf uns bei Herrn Baumann, Lindenstr. 48. — **Agitation.** Das erfahren Sie am besten durch Herrn Dimmid, Berlin, Luisen-Aller 11. — **G. B. 7.** Verwaltungsstelle Berlin, Engel-Aller 15, Hauptortland Köpnickstr. 22. — **Gütte.** Können wir nicht sagen. Fragen Sie an in der Redaktion der „Täglichen Arbeiter-Zeitung“, Dresden, Zwingerstr. 22.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

G. S. N. Der neue Vertrag ist nicht gültig. — **Schaefer.** 1. So wie die Rechtslage nunmehr ist, läßt sich leider nur der Rat erteilen, lassen Sie die Sache ruhen. 2. Die Post ist im Recht. — **A. B. C. 150.** Nach der Rechtsprechung des Reichs-Verwaltungsamts hat die Kamelle keine räumliche Kraft auf vor deren Zustaltstücken ausgelegte Urteile. Aber auch noch vor den früheren Vorständen kann Erhöhung wegen wesentlicher Verschlechterungen beantragt werden. Der Antrag ist an die Berufsgenossenschaft zu richten. Wegen deren Entscheld ist sofort Berufung an das Schiedsgericht ult. zulässig. — **S. 21.** So weit ersichtlich: ja. Nichten Sie den Antrag auf Bewandlung an die Gewerbebeurteilung. — **J. Schramm.** Der Brief ist an Sie am 17. April abgegangen, die Frage im „Vormüts“ am 21. April unter der von Ihnen gewählten Offizier A. S. 2 beantwortet. — **B. G. 1.** Die gleiche Anfrage ist unter Bechly Heilstätten 182 im „Vorwärts“ vom 21. April beantwortet. — **A. J. 3.** Der Sander-Gewerbeschick ist in Preußen 48 M., kann aber auf die Höhe von 6, 12, 18, 24, 30 M. ermäßigt werden. — **H. A. 3a.** — **C. Rein.** — **A. Hohenzollern.** Das Jagdrecht für Hohenzollern datiert vom 10. März 1902 und ist seit dem 1. April in Kraft getreten. In § 29 dieses Gesetzes heißt es: „Wenn die bestehenden Jagdpachtverträge der Bildung der in den §§ 4 und 5 vorgeschriebenen gemeinlichlichen Jagdbesitztünderlich sind, so treten sie mit dem 1. August 1903 außer Kraft.“ — **G. S.** Können Sie sich vom Gericht eine vollstredbare Urteilsausfertigung erteilen und geben Sie dann dem Gerichtsvollzieher Auftrag zur Pfändung. — **Föllmer.** Der Nachbar hat, wenn die Sachlage sich so verhält, wie Sie sie schildern, kein Widerpruchsrecht. Hat er eins, so hohlet der Verkäufer dem schülen Besitzer. Dieser kann vollen Schadenersatz oder Rückgängigmachung des Kaufes verlangen. — **H. Rein.** — **Max. Barth u. J. B. 135.** Rein. — **G. B. 37.** Der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Invaliditätsversicherung, Dreifstr. 24, zu richten. — **Heinrich.** Ra: § 616 B. G. B. — **Alfred.** 1. Nach je fünf Jahren kann nachmalige Leistung des Dienstbarungsbesides verlangt werden. 2. Sie leben außer Gütergemeinschaft. Zweckmäßig ist es, vor der Heirat (gerichtlich oder notariell) einen Ehevertrag zu schließen. Ein Beispiel für einen solchen finden Sie S. 225 Nr. 22 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **G. S. 83.** Anerkennen Sie vor dem Standesbeamten, der die Geburt eingetragen hat, Ihre Paterschaft und beantragen Umschreibung des Namens. Sie können auch eine gerichtliche oder notariell besiegelte Anerkennung abgeben und auf Grund dieser die Umschreibung beantragen. — **S. u. S. 50.** 1. Rein. 2. Dort befindet sich eine Volks-Bade-Anstalt und der Neubau für das Rindliche Museum. Sie scheinen einen Teil des letzteren zu meinen. — **B. 3.** Die Verhantalt ist nach § 7 des preussischen Gesetzes vom 17. 1881 verpflicht. Ihnen gegen Zahlung des Darlehens und der Zinsen sofort das Pfand herauszugeben. Lehnt sie es ab, so klagen Sie beim Amtsgericht oder beschweren sich zunächst beim Ministerium. — **G. 257.** 1. Rein, es müssen mindestens 200 Markten geleist sein. 2. Rein: die vierte Karte ist ungültig, weil sie nicht innerhalb zwei Jahren umgetauscht ist. 3. Ihre Mutter soll sich eine neue Karte ausstellen lassen. Sie beschließen sodann Ihre Mutter im Haushalt als Haushälterin, Kinderwärterin oder dergleichen gegen Entgelt und sorgen dafür, daß unannehm geleistet wird. Anders ist nicht zu helfen. — **Gumbert 25.** Wird der Dienstbarungsbesid nicht geleistet, so kann der Schuldner bis auf die Dauer von längstens 6 Monaten in Haft genommen werden. Durch Leistung des Dienstbarungsbesides geht keineswegs das Wahlrecht verloren. — **M. 7. 25.** Auf unbestimmte Zeit verlagt.

Witterungsübericht vom 21. April 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Strombe.	—	—	—	—	—	Paparanda	—	—	—	—	—
Damberg	750	SW	4	halb bb	5	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	751	SW	4	Regen	4	Coax	751	ONO	4	bedeckt	8
Kranff. a. M.	756	—	—	bedeckt	10	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	753	SW	3	heiter	10	Paris	751	S	—	bedeckt	7
Wien	756	—	—	Nebel	3						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 22. April 1903.
Zunächst aufklarend, am Tage wärmer bei mäßigen südlichen Winden; später neue Trübung und etwas Regen.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Mittwoch, Donnerstag, Freitag kommen die angesammelten

Kleiderstoff-
Seidenstoff-
Waschstoff-
Baumwollwaaren-
Bänder- u. Spitzen-

Reste u. Coupons

sehr
billig
zum
Verkauf

Darunter: **Blusencoupon** nur moderne Muster, 1¹⁵
2 Mtr., doppeltbreit

Einzelne Roben gute Stoffe, 8 Mtr. **3⁵⁰**